PLUTUS

Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | Berlin, den 26. April 1916. | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Schätzämter.

Von Alfred Hahn, Direktor der Bodengesellschaft Berlin-Nord.

Seitdem — infolge Ausbruchs des Krieges — der Hausbesitz zu seinen alten Sorgen noch eine neue, diejenige um den Eingang seiner Mietsforderungen, hinzubekommen hat, ist die unglückliche Lage des gesamten, den Grundstücksmarkt und den Realkredit umfassenden Gebietes nach allen Seiten offenbar geworden und die Erörterung dieser Fragen in der Presse ist reger geworden, als je zuvor. Neuerdings haben diese Diskussionen einen weiteren Anstoß erhalten durch den von der Preußischen Staatsregierung veröffentlichten Entwurf über die Schätzungsämter. Auch der Plutus (S. 47) beschäftigt sich eingehend mit dem Entwurf. Ich kann den Ausführungen in dem erwähnten Artikel nicht in allen Teilen folgen.

Wenn auch der Entwurf zunächst nur anscheinend einen Teil des gesamten Komplexes der Grundstücks- und Grundkreditfragen berührt, so wird man bei näherem Zusehen doch sehr bald finden, daß das vorgeschlagene Gesetz letzten Endes seinen Einfluß so ziemlich bis in alle Teile des Gesamtgebietes hinein erstrecken muß. Man wird aber ebenso finden, daß der Entwurf für eine Anzahl Fragen von sehr erheblicher Wichtigkeit jegliche Vorsorge vermissen läßt. Es wird selbstverständlich unmöglich sein, das ganze zusammenhängende Gebiet der Boden-, Bau-, Realkredit- und Wohnungsfragen mit einem Mal zu lösen. Andererseits aber darf auch keinesfalls eine einzelne Frage herausgegriffen werden, ohne daß diejenigen Teilgebiete, mit denen diese Frage am nächsten zusammenhängt, einer Regelung unterworfen werden. Das ganze Grundstückswesen (immer mit Einschluß des dazugehörigen Realkredites) ist vergleichbar einer Maschine, die infolge verschiedener Mängel nicht mehr zur Zufriedenheit läuft. Es würde niemandem einfallen, in einer solchen Maschine an einer wichtigen Stelle ein Rad durch ein neues von andern Dimensionen zu ersetzen, ohne vorher im einzelnen genau durchdacht zu haben, wie das veränderte Maß nun auf den Gang der übrigen Teile wirken wird. Es ist hier schon gesagt, daß die Maschine, d. h. der Grundstücksmarkt, nicht mehr ordentlich funktioniert. Darin ist die Erkenntnis enthalten, daß gewisse Abhilfen nötig sind. Sicher ist auch das Schätzungswesen, als Teilgebiet innerhalb der gesamten Grundstücksfragen, vielfach verbesserungsbedürftig. Man muß auch ohne weiteres zugeben, daß der Weg, die Wertbemessung von Grundstücken und damit ihre Beleihung durch Errichtung von öffentlichen Schätzungsämtern auf eine möglichst gesicherte Grundlage zu stellen, unter gewissen Voraussetzungen durchaus gangbar ist. Ob aber diese Voraussetzungen für den gegenwärtigen Entwurf zutreffen, das eben ist die Frage.

Was die bisherigen Schätzungsmethoden anlangt, so ist die Uebung, bei einer Taxierung das Mittel zwischen dem Ertragswert einerseits und dem Boden- und Bauwert andererseits, als den der Beleihung zugrundezulegenden Wert zu nehmen, außerordentlich viel kritisiert worden. Es ist hierzu in dem erwähnten Plutus-Artikel zum Teil ganz richtig ausgeführt, daß an sich die beiden Werte, nämlich der Ertragswert und der aus Boden- und Baupreis sich ergebende Wert, eigentlich auf denselben Grundlagen beruhen. Es ist auch gar keine Frage, daß bei normalen, entweder bereits bebauten oder an bebaute Teile nahe angrenzenden Gegenden die Preise des Bodens keine selbständigen Werte sein können, sondern sich vielmehr lediglich danach richten, welcher Ertrag im Falle einer Bebauung dem betreffenden Unternehmer erwachsen kann. Wenn ein solider Unternehmer sich vor die Frage gestellt sieht, ob er diesen oder jenen Bauplatz zur Bebauung erwerben will, so wird er sich ein Bauprojekt anfertigen oder anfertigen lassen und die Kosten desselben, unter Berücksichtigung aller Nebenspesen, wie Architektenhonorar, Hypothekenprovision, Zinsverluste, Gerichts- und Notariatskosten und der-

gleichen feststellen. Rechnet er hierzu (selbstverständlich nach dem ihm am geeignetsten und preiswertesten erscheinenden Projekt) den geforderten Bodenpreis hinzu, so ergeben sich die gesamten Herstellungskosten des fertigen Grundstücks. Hiernach wird der Unternehmer, nachdem er die Mietpreise der Gegend genügend studiert hat, sich sorgfältig berechnen, welches Mietserträgnis ihm nach Fertigstellung des Baues die vorhandenen Wohn- bzw. Geschäftsräume erbringen können. An Hand von weiteren, möglichst eingehenden Berechnungen, die durch Erfahrungssätze kontrolliert werden können, wird er in der Lage sein, festzustellen, ob der zu erwartende Ertrag ausreicht für die Bestreitung der sämtlichen zu tragenden Lasten und alsdann noch ein gewisses Mehr, den sogenannten Ueberschuß ergibt. Ein solcher Ueberschuß muß, wenn das ganze Unternehmen vernünftig sein soll, vorhanden sein, da niemand zum bloßen Zeitvertreib ein Haus errichten wird. In sehr vielen Fällen (in den letzten Jahren sind diese wohl zur Regel geworden) wird der Ueberschuß durch Kalkulationsfehler z. B. dadurch, daß Räume leerstehen, die Unkosten höher werden als angenommen und dergleichen mehr, stark verringert oder auch aufgezehrt, oder auch in einen Zuschuß verwandelt. Lassen wir aber diese zuletzt erwähnten Möglichkeiten beiseite und nehmen wir ruhig an, daß die von dem Unternehmer aufgestellte Rentabilitätsberechnung einschließlich der Ueberschußberechnung dem entspricht, was der Unternehmer vernünftigerweise nach der zurzeit seines Vorhabens herrschenden Geschäftslage und den geltenden Anschauungen verlangen kann. In diesem Falle ist der seitens des Bodenbesitzers von ihm geforderte Bodenpreis als angemessen zu bezeichnen. Liegt aber der Fall anders, und hat der Unternehmer festgestellt, daß ihm bei Durchführung seines Vorhabens nicht ein angemessener Ertrag verbleiben würde, so muß das Geschäft irgendwo einen Fehler enthalten. Wenn die Ansätze für die Berechnung der Mietserträge einer nochmaligen Prüfung standhalten, d. h. also, vorsichtigerweise höher nicht eingesetzt werden dürfen, so müssen entweder die Baukosten oder der Bodenpreis zu hoch sein. Das erstere wird sich sofort kontrollieren lassen; ist auch hier festgestellt, daß eine nennenswerte Aenderung in dem Ansatz nicht vorgenommen werden kann, so bleibt als Schluß der, daß der geforderte Preis für den Boden ein zu hoher ist. Der Unternehmer wird daher dem Bodenbesitzer Kenntnis von seinen Erwägungen geben und ihm einen niedrigeren Preis bieten. Die Ermäßigung wird selbstverständlich so viel betragen müssen, wie der Unternehmer braucht, um seine Rechnung zu finden. Wenn auch bei der Vielgestaltigkeit des geschäftlichen Lebens gewisse Abweichungen vorkommen können, so wird doch im allgemeinen gesagt werden können, daß der Preis für den Boden, welchen ein Unternehmer, der, wie in unserm Beispiel, eine sorgfältige Ertragsberechnung angestellt hat, dem Grundbesitzer vernünftigerweise zahlen kann, den wirklichen erzielbaren Preis bedeutet. Das heißt wiederum, daß die bisherige, so vielfach bemängelte, Wertberechnung seines Grundstücks, bei welcher der Bodenpreis anscheinend eine selbständige Rolle spielt, in Wirklichkeit doch nur eine Art Kontrollrechnung ist. Es wird eben die sogenannte Ertragsrechnung auf ihre Richtigkeit hin geprüft durch eine zweite Berechnung aus dem Baukosten- und Bodenpreis, wobei der Wert der letzteren wiederum nur auf Grund vorhergegangener Ertragsschätzung zu errechnen ist. Bei dieser Art der Taxierung darf sich bei normalen Wohnhausgrundstücken eigentlich eine größere Differenz gar nicht ergeben. Anders liegt die Sache, wenn es sich nicht um normale Wohnhausobjekte handelt, sondern wenn spekulative Grundstücke in der Innenstadt, „gutgeschnittene Ecken“ in besonderer Lage ähnliche Objekte in Frage kommen. Hier zeigt sich sehr bald, daß die Verhältnisse in derartigen Gegenden grundverschieden sind von den Gegenden, in welchen es sich ganz oder fast ausschließlich um die Herstellung von Wohnhäusern für das große Publikum handelt. Der Beweis dürfte schnell erbracht sein. Nehmen wir an, daß ein in guter Gegend der Innenstadt gelegenes 900 Quadratmeter großes Grundstück, das mit einem alten Abrißbau besetzt ist, neu bebaut werden soll. Wenn der Preis des Baulandes für den Quadratmeter 700 M. (d. h. für die Quadratrute etwa 9900 Mark) beträgt, so kostet der reine Grund und Boden 630 000 Mark. Wird hierauf ein Gebäude errichtet, das zum größten Teile zu Geschäftszwecken dient und dessen Herstellungskosten etwa 300 000 Mark betragen, so ergibt dies einen Gesamtkostenpreis von 930 000 M., wovon allein 630 000 Mark gleich ca. 68 Prozent auf den Anteil des Grund und Bodens entfallen. Hier also ist die Rolle, die der Bodenpreis spielt, eine außerordentlich große, und hier kann tatsächlich jede unrichtige Bewertung des Bodenpreises erheblichen Schaden stiften. Es ist auch klar, daß die Festsetzung der voraussichtlichen Mietserträgnisse in diesen Fällen großen Schwierigkeiten begegnen müssen, da sie eben immer mehr oder weniger auf „Schätzungen“, d. h. Mutmaßungen werden beruhen müssen, und den verschiedenen Ansichten den weitesten Spielraum lassen.

Wesentlich verschieden von der eben geschilderten Situation liegen die Dinge dann, wenn es sich um Grundstücke an der Peripherie der Stadt bzw. in den Vororten handelt. (Es ist hier hauptsächlich von den Verhältnissen in Groß-Berlin die Rede, welche sich naturgemäß in anderen Großstädten mit lebhaftem Geschäftsbetriebe in ähnlicher Weise wiederholen werden.) Mir liegen die Zahlen bezüglich des Baues in einem unmittelbar mit Berlin zusammenhängenden Vorort vor. Hier stellten sich die gesamten Herstellungskosten des Hauses auf 345 000 Mark, wovon 263 000 Mark auf die effektiven Ausgaben für die Erbauung einschließlich der Bauzinsen, des Architektenhonorars, der Hypothekenprovisionen usw. entfallen, während nur 82 000 Mark auf den Bodenpreis kommen, d. h. der Bodenpreis

war an den Gesamkosten nur mit 23,7 Prozent beteiligt. Nach dem Kriege werden aller Voraussicht nach die Kosten der Erbauung eines Grundstückes nicht unbeträchtlich steigen; zurzeit stellen sie sich auf mindestens 30 Prozent höher als in normalen Zeiten. Es ist selbstverständlich, daß hierin nach Friedensschluß wieder eine Aenderung eintreten wird, aber man kann ganz allgemein doch mit einer Steigerung der Materialienpreise und der Löhne rechnen. Wenn sich also nach Friedensschluß die Baukosten nur um etwa 13 Prozent der bisherigen Norm erhöhen, so würde dies für das erwähnte Exempel bedeuten, daß der Anteil des Bodenpreises an den Gesamtkosten noch weiter und zwar auf 21,6 Prozent sinkt.

Der Anteil des Bodenpreises an den Gesamtkosten sinkt naturgemäß mit der Entfernung von dem Mittelpunkt der Stadt immer weiter. Wenn in Vororten, welche hauptsächlich als Wohngegenden für das mittlere und kleine Publikum in Frage kommen, der Quadratmeter netto Bauland etwa 35 Mark kostet, so erfordert ein Bauplatz von etwa 900 Quadratmeter einen Preis von 31 500 Mark. Die Baukosten eines viergeschossigen Grundstücks hierauf dürften sich auf etwa 140 000 Mark stellen, d. h. der Gesamtpreis beträgt 171 500 Mark. In diesem Falle kommt auf den Anteil des Grund und Bodens im Verhältnis zu den Gesamtkosten nur noch ein Satz von 18,4 Prozent. Man sieht also, daß gerade in solchen Gebieten, welche als Feld der Aufschließungstätigkeit im Großen, in betracht kommen, der Anteil der Bodenpreise an den in Frage kommenden Gesamtsummen verhältnismäßig bescheiden ist. Hierbei ist aber ein wichtiger Punkt bisher noch unberührt geblieben. Die für die Bodenpreise angenommenen Ziffern verstehen sich für sogenanntes reguliertes, d. h. vollkommen anbaufähiges Nettobauland. Um aber das Land in diesen Zustand zu versetzen, sind stets schon sehr erhebliche Aufwendungen notwendig gewesen; es mußten Pflasterkosten, Kanalisations-, Beleuchtungsanlagen, bezahlt werden, sowie Land für Straßen und Schmuckplätze der Gemeinde kosten- und lastenfrei abgetreten werden. Wenn man die Ausgaben für Vermittlungsprovision und die Steuern, Stempel-, Notariats- und Gerichtskosten, die sich an derartigen Besitz schließen, hinzurechnet, so wird für solches Gelände als eigentlicher Kostenanteil für das Land kaum die Hälfte in Frage kommen, während die andere Hälfte eben die genannten Spesen absorbieren. Von Zinsverlusten ist dabei noch gar nicht die Rede. In sehr anschaulicher Weise sind diese Verhältnisse beleuchtet in einer kleinen Schrift: „Die Wohnung und ihr Preis“ von Ingenieur Karl Stierstorffer in München (erschienen bereits 1912). Hier ist ein genau ausgeführtes Beispiel aufgestellt, in welchem sich ergibt, daß von den gesamten Herstellungskosten des Hauses der reine Baukostenanteil 77 Prozent, der Anteil des reinen Baulandes 12 Prozent und der Spesenanteil 11 Prozent beträgt. Wenn man weiter berücksichtigt, daß die Straßenbau-, Kanalisations-, Beleuchtungs-, Platzanlagekosten usw. bei hochwertigem Gelände auch nicht größer sind als bei niedriger bewerteten, an der Peripherie oder in Vororten gelegenen Grundstücken, so ergeben sich derartig verschieden wiegende Verhältnisse, daß es wirklich nicht angängig erscheint, sie zusammenfassend zu behandeln, ohne von vornherein gewisse Richtlinien festzusetzen, in welchen dieser Lage genügend Rechnung getragen wird.

Wenn bei hochwertigen Grundstücken naturgemäß die Phantasie ein weites Betätigungsfeld findet und infolgedessen sich in bezug auf die Schätzungen der Bodenwerte allerdings sehr erhebliche Unterschiede ergeben können, so würde es doch unangebracht sein, diese Möglichkeit gar zu sehr zu verallgemeinern und die Schutzmaßregeln, die hier vielleicht angebracht sind, auch auf solche Gebiete anzuwenden, die ihrer deshalb nicht bedürfen, weil in ihnen große Differenzen in der Wertbemessung gar nicht vorgekommen sein können.

Es ist oben gezeigt worden, daß der Wert des Bodens auf Grund seiner Eigenart durchaus von dem Ertrage, den er liefert, abhängig ist. Hier wird nun allzu häufig vergessen, daß erstens der Ertrag selbst aus allerhand Gründen im Laufe der Jahre schwanken kann und daß zweitens die Ansprüche an die Ertragsfähigkeit, d. h. an die Rente ebenfalls im Laufe der Jahre Veränderungen unterliegen. Wenn also ein Grundstück unter der Herrschaft eines sehr niedrigen Zinsfußes abgeschätzt worden ist, und sich im Verlauf einiger Jahre eine erhebliche Versteifung des Geldmarktes und eine Erhöhung der allgemeinen Zinsraten einstellt, so ist klar, daß dies wiederum auf den Wert des betreffenden Grundstücks zurückwirken muß, sofern es nicht dem Besitzer gelingt, die Rente sofort den veränderten Zinsverhältnissen anzupassen, d. h. die Mieten entsprechend zu steigern. Dies wird ihm natürlich — ganz abgesehen von etwaiger Ueberproduktion — schon deshalb häufig unmöglich sein, weil dem die einmal bestehenden Verträge im Wege stehen. Jedenfalls aber ergibt dieser Zustand sehr oft das Resultat, daß ein Grundstücksobjekt nach einigen Jahren nicht mehr den Wert besitzt, den man ihm vorher bei sorgfältiger Schätzung zusprechen durfte. Aber auch die umgekehrten Fälle sind nicht ganz selten. Die in den letzten Jahren vor dem Kriege den Beleihungen der Hypothekenbanken und Versicherungsgesellschaften zugrunde gelegten Taxen dürften durchweg als ziemlich strenge gelten können; die Beleihungen sind sofort, nachdem die ersten kritischen Anzeichen am Grundstücksmarkt, etwa um das Jahr 1911 herum, zutage traten, in ihrer Höhe scharf heruntergegangen. Es wird niemand für ausgeschlossen erklären können, daß, nachdem jetzt jahrelang die Bautätigkeit stark eingeschränkt worden und durch den Krieg überhaupt verhindert worden ist, nach Friedensschluß vielleicht in manchen Gegenden eine starke Nachfrage nach Wohnungen einsetzt, durch welche die Mietspreise eine Steigerung erfahren. Damit steigen auch

automatisch die Werte der betreffenden Häuser selbst und die erststelligen Hypotheken, welche bisher sich in einer Grenze von 60 Prozent des Wertes bewegt haben, stellen alsdann vielleicht nur noch eine Beleihung von 50 Prozent dar. In entsprechendem Maße haben die zweitstelligen Hypotheken auf solchen Grundstücken ihre Sicherheit erhöht. Es soll damit gesagt werden, daß es auch einem öffentlichen Schätzungsamt niemals möglich sein wird, eine auf Jahre hinaus unbedingt zutreffende Taxe abzugeben und daß gewisse Schwankungen in Grundstückswerten niemals sich werden beseitigen lassen.

Diesen letzteren Gesichtspunkt darf man selbstverständlich bei der Erörterung über die Frage der 2. Hypothek niemals außer Betracht lassen. Wenn aber auch eine den Wandel der Zeiten überdauernde Wertfeststellung unmöglich ist, so verlohnte sich trotzdem die Mühe, an der besseren Sicherung der zweitstelligen Hypotheken zu arbeiten, um auf diesem Wege dem Grundbesitz wieder Geldgeben für derartige Anlagen zuzuführen. Hier ist aber, soweit der Gesetzentwurf für die Schätzungsämter in Frage kommt, wieder nur halbe Arbeit gemacht worden. Es ist an einer Unzahl von Beispielen nachzuweisen, daß in den letzten Jahren viele Gläubiger zweitstelliger Hypotheken ihr Kapital verlieren mußten, obwohl es sicherlich, wenigstens zum größten Teile noch innerhalb des Wertes der betreffenden Pfandobjekte lag. Der Grund dafür war regelmäßig an anderer Stelle zu suchen, nämlich darin, daß der Hypothekengläubiger, um sein Kapital zu retten, das betreffende Grundstück hätte erstehen müssen, daß aber hierzu die Hergabe weiterer erheblicher Mittel notwendig gewesen wäre, welche ihm im gegebenen Moment nicht zur Verfügung standen. Wenn man erwägt, daß ein Gläubiger, der zur Rettung seiner Forderung in der Zwangsversteigerung das von ihm beliehene Grundstück erwerben will, um sein vielleicht sauer erspartes Geld wieder — oft erst im Laufe mehrerer Jahre — hereinzubringen, viele Tausende von Mark für Umsatzsteuer an die Gemeinde, den Kreis, Stempel an das Reich, Stempel an den Staat, Gebühren für das Gericht und die Notare, Provision für die Belassung der erststelligen Hypothek zahlen muß, und außerdem sehr häufig gezwungen wird, noch Kapitalsabzahlungen auf die erste Hypothek vorzunehmen, so müßte es eigentlich jedermann einleuchten, daß hier Momente vorliegen, welche die Sicherheit der zweitstelligen Hypothek, die der Gesetzgeber durch den Taxämter-Entwurf verbessern will, in mindestens ebenso hohem Grade beeinträchtigen, als unrichtige Schätzungen dies bisher getan haben.

Getreidemangel in Frankreich.

Von Myson.

Es klingt beinahe phantastisch, wenn man von einem Mangel an Getreide und Frucht in dem reichsten Agrarlande Europas, in Frankreich, redet. Aber das unglaubliche ist eingetreten, es herrscht auf einem Boden, der zum großen Teil doppelte Ernte trägt, ein ganz empfindlicher Mangel an den wichtigsten Volksnahrungsmitteln und infolgedessen eine ungeheure Teuerung der Lebensmittel. Hieran ist nicht etwa der Umstand schuld, daß 3 394 000 Hektar Kulturland während des Krieges auf französischem Boden von uns besetzt wurden, denn die gesamte bebaute Fläche in Frankreich beträgt 22 500 000 Hektare und die bei weitem fruchtbarste Fläche befindet sich im Süden und Westen des Landes. Ich werde später auf die Gründe dieses Mangels zu sprechen kommen, jetzt möchte ich nur zunächst einige Ziffern anführen, die ihn illustrieren.

Wenn man die Lebensmitteleinfuhr während der Periode vom 1. August 1914 bis zum 1. März 1916 betrachtet, dann kann man erkennen, welche enorme Höhe das Defizit an Getreide und Frucht in Frankreich erreicht hat.

Aus den Vereinigten Staaten, aus Argentinien, aus Rußland, aus dem englischen Indien und aus Indo-China wurden eingeführt:

an Getreide	26 690 974	Ztr.
hierzu kommen noch	831 651	„
die die Armee auf ihre Rechnung kaufte, sodaß sich also eine Gesamtsumme von	27 522 625	„
ergibt.		
Hiervon gingen nach der Schweiz	1 318 596	„
sodaß der französische Verbrauch an auswärtigem Getreide	26 204 029	„
ausmachte.		
Hafer wurde eingeführt	9 948 982	„
Es kommen hinzu für die Armee	287 334	„
insgesamt also	10 236 316	Ztr.
Hiervon sind für die Schweiz abzuziehen	320 334	„
bleiben	9 815 982	Ztr.
An Mais, augenblicklich das Hauptfuttermittel für das französische Vieh, führte man ein	7 340 822	„
Weizenmehl, das im Sommer eingeführt wird, erreichte die Summe von	4 697 294	„
Ferner importierte man Gerste	1 437 514	„
getrockneter und frischer Gemüse,	1 760 433	„
Futtermittel, wie Heu, Stroh usw.	892 110	„

Man muß noch weiter	5 807 493 Ztr.
an Malz, Reisstroh, Reisbruch, Reiskörner, Reismehl, Rüben Kartoffeln, Kastanien usw. hinzufügen.	
Im ganzen ergibt sich die ungeheure Summe von	57 991 677 „

Getreide und verschiedene Frucht, die in Frankreich während der genannten Zeitperiode aus Mangel an eigener Ernte eingeführt werden mußten. Dieser Riesenbedarf mußte dem Auslande seit dem Beginn des Krieges in Gold bezahlt werden, was bei dem Kursverlust, den die Valuta erlitt, eine kaum glaubliche zum Fenster hinausgeworfene Summe ausmacht.

Hierzu kommt ferner, daß die Frachtpreise ins ungeheure gestiegen sind. Anfang August 1914 kostete die Fracht für einen Zentner Weizen von New York nach Liverpool, London, oder einer der französischen Häfen 1,75 bis 2,25 Frs. Heute 13,75 bis 15 Frs. Compère Morel rechnet aus, daß durch den Valutaverlust, die hohen Einkaufspreise und die Frachtsteigerung der Preis pro Zentner so sehr gestiegen ist, daß Frankreich 2¾ Milliarden Francs für die fehlende Frucht an das Ausland hat zahlen müssen, während es sonst ein Land war, das Frucht und Getreide exportieren konnte.

Woher kommen nun die für unsere Begriffe unglaublichen Zustände. Zunächst an dem Mangel jeglicher Organisation. Eine Organisation der Volksernährung, wie wir sie kennen, fehlte völlig durch lange Zeit in Frankreich während des Krieges und alle Versuche, wie man sie jetzt macht, sie einzuführen, scheitern kläglich. Niemals zuvor hat es sich so sehr wie heute bewiesen, daß der Charakter des Romanen, vornehmlich aber der französische Charakter, gänzlich unfähig ist, eine Organisation im großen Stil einzurichten. Selbst wenn genügend Getreide auf französischem Boden vorhanden gewesen wäre, wäre dennoch in Industriegebieten und in den großen Städten Mangel eingetreten, weil sowohl das rollende Material der Bahn, wie die Transportmittel auf den Kanälen dermaßen mit Beschlag belegt oder so heillos verfahren waren, daß an eine zweckentsprechende Beförderung des Ueberflusses aus den getreidereichen Teilen Frankreichs nach den getreidearmen gar nicht gedacht werden konnte.

Als erschwerendes Moment tritt ferner hinzu der Mangel an Arbeitern für das Verladen und Entladen. Frauenarbeit konnte hier nicht aushelfen, genau ebensowenig, wie sie für den Betrieb der Bahn auszuhelfen imstande war.

Aber das größte Hindernis ist das folgende: In einer ganz unvernünftigen Weise hat man in Frankreich die Mannschaften vom 17. bis 48. Lebensjahr unter die Waffen gerufen. Man wollte ein sehr starkes Heer aufstellen und vergaß dabei, daß eine agrarische und industrielle gewaltige Reserve von Männern unbedingt im Hinterlande aufrecht zu erhalten sei, wenn man nicht dem Staat die größten Schwierigkeiten bereiten, die Bevölkerung in eine unnötige Notlage versetzen wollte. Dieser kaum glaubliche Mangel an Einsicht und Vorsicht machte sich zunächst bei dem Betriebe der Bahnen und bei der Herstellung alles Kriegsmaterials bemerkbar. Man suchte dem abzuhelfen durch Zurückziehen der geeigneten Mannschaften aus der Front; trotzdem ist es nicht gelungen und wird auch nicht gelingen, diesen großen Uebelstand völlig zu beheben. Nach wie vor herrscht im französischen Bahnbetrieb und in den französischen Fabriken ein Chaos, weil man völlig unfähig ist, zu organisieren.

Natürlich machte sich dieser Männermangel bei der landwirtschaftlichen Arbeit immer mehr und mehr fühlbar. Gewiß, die Frau kann zum größten Teil als Ersatz des Mannes im landwirtschaftlichen Betrieb angesehen werden. Aber die französische Frau ist heute schon so beschäftigt mit Männerarbeit aller Art, daß die am Land befindlichen Frauen bei weitem nicht genügen, das Defizit an Männern zu decken. Denn man darf doch auch nicht eines vergessen, die physische Kraft der Frau reicht nicht an die des Mannes heran, bei schwerer Arbeit, wie sie oft der landwirtschaftliche Betrieb erfordert. Drei Frauen können höchstens dasselbe wie zwei Männer in dem Fall leisten. So kommt es denn, daß weite Landflächen fruchtbaren Bodens in Mittel-, Süd- und Westfrankreich nur in völlig ungenügender Weise bestellt werden können und dies ist der wichtigste Grund der erstaunlichen Abnahme des Getreides und der Frucht in Frankreich, der zufolge die großen überseeischen Einkäufe sich als notwendig erwiesen. Daher ist es sehr begreiflich, wenn der Mann, der in Frankreich am meisten organisatorischen Geist besitzt, der als unermüdlicher Ermahner auftritt, wenn der Senator Charles Humbert von neuem in den stärksten Tönen fordert, daß jedermann von der Front abberufen werden soll, der nicht genügend dienstfähig erscheint. Er sagt dies nicht nur deshalb, um den ärztlichen Dienst zu entlasten, um die Cadres nicht mit Halbdienstfähigen auszufüllen, sondern hauptsächlich aus dem Bedenken heraus, daß im Innern Frankreichs Arbeitskräfte nicht nur für die Industrie, nein, ebenso für die Landwirtschaft dringend vonnöten sind.

Aber sein Warnungsruf wird kaum gehört werden, und kann auch kaum gehört werden, wenigstens in den Tagen, die wir jetzt durchleben. Die Riesenschlacht bei Verdun hat den Franzosen bisher schon an Toten und Verwundeten zwischen 250 000 und 300 000 Mann gekostet (nach Schweizer Schätzungen, die gemeinhin richtig zu sein pflegen). Dadurch ist ein neues Männerdefizit entstanden und zwar in der Armee; man kann es nicht vermehren durch Rückberufung weiterer unter der Waffe Stehender! Also wird man aus dem Dilemma nicht herauskommen, Frankreich wird nach wie vor ungeheure Summen Goldes für auswärtiges Getreide und auswärtige Frucht ausgeben müssen. Das reichste Agrarland Europas in Agrarnot, wer hätte das vor zwei Jahren gedacht!

Auslandsspiegel.

„Could we if we would, and would we if we could, capture German trade?“

In Vervollständigung des in Heft 14/15 erwähnten Vortrags von Sir Hugh Bell im Political Economy Club über die Verdrängung des deutschen Handels sei noch folgendes mitgeteilt: „Kann es dem Kaliko-Drucker in Lancashire passen, zur Herstellung seiner Waren teure Farben zu kaufen, nur um die billigeren deutschen Artikel auf den neutralen Märkten der Welt zu boykottieren? Der britische Farbenfabrikant kann den Handel ohne Intervention unter einer Bedingung an sich reißen. Lassen Sie ihn die Farben besser und billiger als der Deutsche herstellen, und er wird den Drucker in Lancashire durchaus geneigt finden, sein Kunde zu werden. Es ist ein weniger heroisches, aber ein gesünderes Mittel, als um die Hilfe des Staates zu betteln. Ich komme zu einem anderen Punkte, der von denen im Munde geführt wird, die von uns verlangen, den deutschen Handel an uns zu bringen. Man sagt uns, wir müßten eine wesentliche Lehre aus dem Kriege ziehen: das ist, niemals in bezug auf eine „Schlüsselindustrie“ knapp zu sein. Eines ist, glaube ich, gewiß: daß nämlich niemand vor 100 Jahren, nach dem großen Kriege, in den dieses Land verwickelt war — ja, ich möchte fast sagen, daß niemand vor zwei Generationen — mit „Schlüssel“-Industrie diejenigen Industrieen bezeichnet haben würde, für welche heute dieser Titel in Anspruch genommen wird. Wer kann sagen, was eine „Schlüssel“-Industrie ist, wenn der nächste Krieg geführt wird?. Aber selbst angenommen, daß alle Einwürfe ungültig sind, wie sollen wir vorgehen, um den deutschen Handel an uns zu bringen? Ist erst einmal der Friede erklärt — unter welchen Bedingungen, mag Ihren Vermutungen überlassen bleiben —, so wird Deutschland so schnell als möglich an die Arbeit gehen. Seine ausgezeichnet eingerichteten Fabriken werden wieder in Gang kommen und werden rasch zu produzieren anfangen, so daß es die Last, die der Krieg ihm aufgebürdet hat, wieder wettmachen wird. Deutschlands anspruchslose und arbeitsame Bevölkerung wird ebenso billig arbeiten als bisher. Wie können wir das verhindern? Dadurch, daß wir uns weigern, zu kaufen? Gut — Deutschland wird seine Waren auf andere Märkte bringen. Die Welt — mit Ausnahme der Alliierten, welche — so will ich mal voraussetzen — verpflichtet sind, Deutschland zu boykottieren — wird Deutschlands billigere und ausgezeichnete Waren ebenso gierig kaufen wie früher. Wie können wir sie daran hindern? Sicherlich nicht durch das einzig wirksame Mittel, sie zu Wasser und zu Lande zu hemmen, durch eine vollständige und wirkliche Blockade — weil solcher außerhalb der Voraussetzung liegt, daß Friede erklärt worden ist. Will jemand einen anderen wirksamen Weg vorschlagen, um Deutschlands Handel zu unterbinden? Sie fangen doch keinen Vogel, indem Sie ein kleines Stück des Weltalls mit einem Netz umgeben und den Rest seinem unbegrenzten Fluge freilassen! Nein! Sie können Deutschlands Handel nicht unterbinden. Versuchen Sie es dennoch, so werden Sie sich selbst einen nicht wieder gut zu machenden Schaden zufügen.“

Wenn man sich auch mit allen Ausführungen Sir Haugh's nicht einverstanden zu erklären braucht — namentlich was die Frage der Billigkeit der deutschen Produktion nach dem Kriege anbelangt —, so ist doch diese englische Stimme ein Beweis dafür, daß angesehene und einflußreiche wirtschaftliche Kreise jenseits des Kanals von der verblendeten Politik der englischen Staatsmänner nichts wissen wollen.

Wie ist die deutsche Konkurrenz zu bekämpfen?

Unter dieser Ueberschrift schreibt „Petit Parisien“ vom 13. Februar: „Wenn dieser Krieg beendet sein wird — denn eines Tags muß er ein Ende nehmen (!) —, wird ein anderer Krieg ausbrechen — heftig, wild, erbittert, ohne Erbarmen (!), den man bis zum Siege führen muß. Sobald der deutsche Militarismus am Boden liegt, bleibt uns ein anderer Feind niederzuschlagen: den deutschen Handel. Wir müssen unseren ganzen Willen daran setzen, all unsere Energien, unsere ganze Kraft. Die Aufgabe wird hart sein. Unmöglich ist sie nicht. Die Waffen gegen diesen anderen Feind werden bereits geschmiedet. Es müssen solide, mächtige, dauerhafte Waffen sein. Man studiert, man sucht, man wird finden. Und sobald man gefunden haben wird, wird der Kampf losgehen. Dann wird er kurz und der Sieg leicht sein. Zunächst — könnte man nicht den ausländischen Kaufleuten ohne Ausnahme, den verbündeten, neutralen und feindlichen, die Verpflichtung auferlegen, ihren Ursprung anzugeben, indem sie auf ihre Läden und auf ihren Geschäftspapieren die Bezeichnung anbringen: Englische Firma, amerikanische Firma, schweizerische Firma, deutsche Firma? Wäre es nicht möglich, sie zu zwingen, auf diese Weise klar und für alle Augen sichtbar ihren Geburtsort vorzuweisen? Weiter — könnte man nicht mit einer besonderen Marke unsere nationalen Erzeugnisse versehen? Erzeugnisse, die in Frankreich, in französischen Fabriken, von französischen Arbeitern aus Rohstoffen des französischen Bodens oder der französischen Kolonien (das klingt doch wie ein Witz!) hergestellt sind? Diese scheinbar so einfachen und leicht anzuwendenden Kampfmethoden sind in Wirklichkeit nicht so einfach, wie eine Untersuchung beweist, die wir bei Persönlichkeiten vorgenommen haben, welche der politischen, kommerziellen und industriellen Welt Frankreichs und des Auslandes angehören. Niemand wird die gründliche Erfahrung, die hohe Kompetenz der von uns Befragten bestreiten können. Und dennoch (dieses „et-pourtant“ ist köstlich!) fühlt

man in einigen ihrer Antworten etwas wie Zögern und Unentschlossenheit. Dagegen keine Furchtsamkeit, keine Unruhe (!). Noch ist das Problem nicht gelöst. Es wird gelöst werden. Es muß gelöst werden.

Herr David Hernet, Präsident der Pariser Handelskammer, ist, mehr als jeder andere, für die Vernichtung des deutschen Handels und der deutschen Industrie. Ich bin der erste, so hat er uns erklärt, der wünscht, daß man zu einer Lösung kommt. Und zwar so bald als möglich. Ich arbeite mit allen Kräften daran. Aber bisher scheint mir keine Formel leicht anwendbar, keine Methode praktisch. Hier ist ein kommerzielles oder industrielles Werk. Es trägt, deutlich sichtbar, auf der Fassade, auf seinen Fakturen die Bezeichnung: „Maison française“. Die Verwaltung besteht aus Franzosen, sein ganzes Personal ist französisch, aber sein Direktor ist ein Deutscher. Ist es eine französische Firma? Es ist eine deutsche Firma. Ein anderes Beispiel: Direktor Franzose, Personal Franzosen, Kapital französisch. Also wieder das Recht auf die Bezeichnung „Maison française“. Aber die Erzeugnisse dieser Firma werden in Deutschland hergestellt. Ist es noch ein französisches Haus? Es ist ein deutsches Haus. Und wie viele solcher Beispiele könnte ich Ihnen nennen? Unendlich viele — denn man muß mit der deutschen Schlauheit und Scheinheiligkeit (!) rechnen. Wie viele deutsche Fabriken würden sich unter neutraler Deckung verbergen? Haben Sie daran gedacht? Es ist schwer, juristisch den Ursprung, die Nationalität eines Handels, einer Industrie zu definieren? Folgendes hat man erreicht: die Gründung einer Gesellschaft für den Schutz französischer Fabrikmarken, die „Union Nationale Intersyndicale des marques collectives“, die U. N. J. S., deren Ehrenpräsident ich bin, und deren wirklicher Vorsitzender Herr Jouanny ist. Diese Gesellschaft, die sich nur aus französischen Fabrikanten, Händlern und Industriellen zusammensetzt, wird den von ihr anerkannten Syndikaten oder den diesen Syndikaten angehörenden Firmen eine besondere Marke liefern, die sie allein auf den Erzeugnissen ihrer Fabrikation anzubringen das Recht haben wird. Eine strenge und rigorose Untersuchung wird zuvor den rein nationalen Charakter dieser Firmen festgestellt haben: französische Chefs, französisches Personal, französische Arbeiter, französische Kapitalien, französische Rohstoffe (!). Und nur diejenigen Firmen, die diese Bedingungen erfüllen, werden das Recht haben, sich der Marke U. N. J. S. zu bedienen. Die anderen, die ausländischen und die verdächtigen (!), sind ausgeschlossen. Das ist die Lösung, die wir gefunden haben. Sie ist nicht schlecht. Sie könnte besser sein. Es wird genügen, sie zu verschärfen. Das ist Sache unserer Gesetzgeber. Es ist daher nötig, dringend nötig, den Gesetzentwurf über die kollektiven Marken der Kammer zu unterbreiten. Dann wird man viel für den Schutz des französischen Kartells getan haben.“

So sieht die Lösung aus, welche die gescheitesten Franzosen als die beste für den Schutz der nationalen Arbeit gefunden haben, gewiß nach angestrengtem Nachdenken, und so malt sich in dem Kopfe des Präsidenten der Pariser Handelskammer die Welt. Daß die Franzosen in ihren Fabriken französische Direktoren und Verwaltungsratsmitglieder zu haben wünschen, wird ihnen im Grunde niemand verdenken. Daß diese Gesellschaften nur mit französischen Kapitalien ausgestattet sein sollen, ist schon bedenklicher. Wird sich doch nach dem Kriege ein solcher Bedarf nach Kapitalien geltend machen, daß alle Welt über das Zuströmen von Kapitalien, ganz gleich, welcher Nationalität, erfreut sein wird. Die Forderung, daß die verwandten Rohstoffe aus französischem Boden oder aus dem Boden der französischen Kolonien stammen müßten, ist doch aber nicht ernst zu nehmen. Ebenso wenig die Bedingung, daß nur französische Arbeiter beschäftigt werden dürfen. Und die billigeren italienischen, spanischen, polnischen Arbeiter? Sie sollen mit einem Federstrich ausgeschaltet werden? Was werden die befreundeten und verbündeten Länder dazu sagen? Diese seltsame Methode, den französischen Handel zu schützen, fällt vor der Prüfung dieser Fragen in sich zusammen. Zu glauben, daß es auf diese Weise möglich sein werde, die deutsche Konkurrenz zu bekämpfen, ist ein Zeichen von ungewöhnlicher — — Naivität.

„Deutsche Erzeugnisse müssen durch amerikanische ersetzt werden.“

Der bekannte Deputierte des „Landes“, Herr Damour, war seites der französischen Regierung mit einer Mission in den Vereinigten Staaten und in Canada betraut worden. Einem Mitarbeiter des „Journal“ gegenüber hat er sich hierüber wie folgt geäußert: „Im Monat März v. J. hatte ich meine erste Reise nach den Vereinigten Staaten unternommen. Ich veranstaltete damals eine Reihe von Vorträgen über den Krieg. Gleichzeitig studierte ich die Möglichkeiten, die wirtschaftlichen franco-amerikanischen Beziehungen zu entwickeln. Die Ermutigung (!), die ich empfing, war derart, daß ich bei meiner Rückkehr nach Frankreich den Ministern des Handels und des Auswärtigen vorschlug, das Werk, das ich ins Auge gefaßt habe, zu verwirklichen. Mein Gedanke wurde gebilligt, und ich bin nach den Vereinigten Staaten zurückgereist — mit Mitarbeitern, die für eine derartige Mission gut geeignet waren: einem Delegierten des Handelsministeriums, einem Delegierten des Landwirtschaftsministeriums, einem Vertreter der Textilindustrie, einem Vertreter der Handelskammer von Lyon, einem Vertreter der metallurgischen Industrie und einem Finanzmann. Wir haben der Reihe nach besucht: Pittsburgh, das Zentrum der metallurgischen Industrie, Cincinnati, das Zentrum der Maschinenindustrie, Chicago und den Staat Illinois, die berühmt sind für ihre landwirtschaftlichen Maschinen, usw.. Unsere Aufgabe will ich in einfache Form kleiden: wir haben

untersucht, welche Artikel amerikanischer Fabrikation die vor dem Kriege in Frankreich verkauften deutschen Artikel ersetzen können, und umgekehrt, welche Artikel französischer Fabrikation die den Vereinigten Staaten verkauften Artikel ersetzen können. Wir bringen mehr als Versprechungen. Dokumente, Muster, die unseren Kaufleuten und Industriellen erlauben werden, sich von den ihnen unbekannten Absatzgebieten in den Vereinigten Staaten Rechenschaft zu geben. Schon in der nächsten Woche will ich mich mit meinen Mitarbeitern in die hauptsächlichsten Städte Frankreichs begeben, um unseren Landsleuten zu erklären, zu beweisen, daß morgen, sobald der Friede wiederhergestellt sein wird, sowohl ihr Interesse als ihre Ihnen gebieten, den Kampf gegen Deutschland auf dem wirtschaftlichen Schlachtfelde fortzusetzen. Daß wir dies unter günstigen Bedingungen tun können, davon werden Sie sich überzeugen, wenn ich Ihnen erkläre, daß eine entsprechende amerikanische Delegation im Monat Mei nach Frankreich kommen wird, um die Erzeugnisse kennen zu lernen, welche sich die Vereinigten Staaten bisher anderswo verschafften, und welche sie in Frankreich finden können. Es ist der Wunsch der Vereinigten Staaten — dafür bürge ich (!) (wer aber bürgt für Monsieur Damour?) — die Bande mit Frankreich enger zu knüpfen, u. z. durch eine größere Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen. Als ich im letzten Jahre in New York landete, fand ich bei den Amerikanern eine höfliche Sympathie für uns. Heute hat dort drüben Frankreich die Bewunderung aller erobert. Und wenn uns auch einige Vorfälle der amerikanischen Politik verstimmen, so bedenken Sie doch, daß die Wahlkampagne eröffnet ist. Dann werden Sie viele Dinge verstehen, wegen deren sich die öffentliche Meinung in Frankreich verirrt oder erstaunt. Brauche ich erst zu sagen, daß wir in Canada, d. h. in einem verbündeten Lande, den begeistertsten Empfang gefunden haben? Dort haben unser Handel und unsere Industrie unvermutete, aber ungeheure Absatzgebiete. Uebrigens wird uns eine kanadische Mission im April, in der gleichen Absicht wie die amerikanische, besuchen. Mögen sich unsere Kaufleute und Industriellen auf diesen Besuch vorbereiten (!). Und mögen sie namentlich dafür sorgen, alles Material zu vereinigen, um das wirtschaftliche Werk nach dem Kriege zu errichten!“

Revue der Presse.

Wie bedenklich die russischen Finanzen stehen, führt Professor Dr. Otto Hoetzsch in der Wiener Neuen Freien Presse (12. April) aus. Die

Finanzielle Notlage in Rußland

konnte nicht besser als bei der Besprechung des Budget in der Duma dargelegt werden. Die russischen Noten, deren Umlauf während des Krieges von 1630 auf 5806 Mill. Rbl. angestiegen ist, weisen heute nur eine Deckung von 28½% auf. Die russische Staatsschuld ist vom 1. Januar 1913 von 8,8 auf 16,8 Milliarden am 1. Januar 1916 gestiegen. Das Budget für dieses Jahr schloß mit einem Defizit von 377 Mill. Rbl. ab. Ueber die Frage der Deckung dieses Defizits gelangte man nach langen und fruchtlosen Dumadebatten zu einer Nachahmung der deutschen und österreichischen Monopolisierung des Devisenhandels. Ein gewisser Erfolg ist bereits erzielt worden: die Festigung des Rubels gegenüber dem Dollar und dem Pfund. Durchgreifende Besserung hofft man durch die fünfte innere Kriegsanleihe zu erzielen, die für 2 Milliarden Rubel zu 5½% vom Hundert und 95 aufgelegt wurde, wovon auch dieses Mal die Banken wieder 60 v. H., also 1200 Mill., fest übernehmen. Daß durch die ziemlich deutlichen Schiebungen von Auslandkredit und Inlandpapier eine Riesenmasse von Verpflichtungen an Inland und Ausland entstehen, ist nicht zu verkennen. Rußland wird, wie in der Duma auch offen ausgesprochen wurde, nach dem Kriege so schlechter Finanzlage entgegensehen, daß es mit einem Jahresdefizit von anderthalb bis zweieinhalb Milliarden Rubel bestimmt rechnen muß, eine Summe, die durch keine Steuer ausgeglichen werden kann. — Die Türkei sucht sich durch Reformen auf allen Gebieten dem Typ des modernen Staates nach und nach zu nähern. Als neuzeitlichste Reform gilt die

Einführung der Goldwährung in der Türkei.

An Stelle der bisherigen Doppelwährung ist, wie die Vossische Zeitung (18. April) schreibt, die Einheitswährung mit dem Nickelpiaster als Münzeinheit eingeführt worden. Nach dem der Reform mitgegebenen Motivenbericht erhöht sich der Wert des Piasters um $^{4}/_{40}$ Piaster oder 4 Para. Denn der Nennwert des Piasters beträgt den hundertsten Teil eines türkischen Pfundes. Die Warenpreise sind daher verhältnismäßig herabzusetzen. Die reichliche Bargeldaufbewahrung sei unnötig; denn das türkische Papiergeld sei so vollwertig wie in keinem anderen Lande; sein Gegenwert sei entweder vollständig in Gold oder in deutschen Schatzscheinen hinterlegt, werde also durch zwei Großmächte garantiert. Die Münzreform bringt der Regellosigkeit und Geldspekulation ein Ende, denn die Differenzierung des Kurses des Gold- und Silbergeldes in den einzelnen türkischen Landesteilen fällt jetzt weg. Während bisher das türkische Goldpfund in Konstantinopel 108 Silberpiaster, in der Provinz bis zu 135 Silberpiaster galt, und von den staatlichen Zahlungsstellen zum Werte von 102,60 Silberpiastern angenommen wurde, hat

nach der Reform ein Goldpfund den ständigen Wert von 100 Piastern. — Es liegt in den Beweggründen zu ihrer Einführung, daß die „Sommerzeit", die vielen Vorteile bringen wird, der Beleuchtungsindustrie notwendig Schaden verursachen muß. Das Berliner Tageblatt (13. April) hat bei Berliner Elektrizitäts-Trustgesellschaften eine Umfrage veranstaltet, und führt die Hauptergebnisse in einem Artikel

Beleuchtungsindustrien und „Sommerzeit"

an. Die Ersparnis an Kohlen werde erheblich überschätzt. Die Stromerzeugungsmaschinen müssen auch bei späterer Verbrauchseinsetzung in Gang gehalten werden; überdies sei bekannt, daß eine schlecht ausgenutzte Maschine im Verhältnis zum Nutzeffekt mehr Kohle verbrauche als eine voll ausgenutzte. Der in anderen Städten eingeführte Siebenuhrladenschluß gestatte analoge Schlüsse: in einer mittleren Provinzstadt wurde eine Ersparnis von etwa einem Waggon Kohlen gemacht. Eine Ersparnis menschlicher Arbeitskräfte sei jedenfalls bestimmt ausgeschlossen. Die Lichtstromerzeugung sei aber ohnehin in den letzten Jahren an Bedeutung hinter der Kraftstromerzeugung zurückgeblieben. Dabei sei die Beantwortung der Frage, ob die Sommerzeit eine Ersparnis an Kohlen bringe, auch davon abhängig, ob ein Werk Kraft- oder Lichtstrom braucht. In ähnlichem Sinne beurteilt man die Einführung der Sommerzeit bei den Gaswerken. Erhebliche Aenderungen werden hier durch die Sommerzeit auch nicht erwartet. Der Gasabsatz für Lichtzwecke wird wohl etwas eingeschränkt werden, so daß sich der Kohlenverbrauch etwas verringern wird. Diesem etwaigen Vorteil steht jedoch der Nachteil gegenüber, daß eine Einschränkung der Koks- und Nebenproduktgewinnung unvermeidlich ist. Die größten Ersparnisse kommen wohl nur da in Betracht, wo Petroleum und Spiritus zu Leuchtzwecken verwandt werden. Das Berliner Tageblatt sieht in dem dringenden Erfordernis einer Verbrauchseinschränkung dieser beiden Stoffe, wie sie ja auch bereits durch die Verkaufsverbote für Petroleum und Spiritus gewährleistet ist, den eigentlichen Beweggrund zur Einführung der Sommerzeit. — Nach einer einleitenden interessanten Beleuchtung des Schicksals von Steuervorlagen äußert sich die Vossische Zeitung (15. April) nochmals zur

Warenumsatzsteuer.

Die Umsatzsteuer hat vor dem Quittungsstempel manches voraus. Gegenüber dem Quittungsstempel trifft sie jeden Uebergang von Waren aus einer Hand in die andere nach der Höhe des Wertes; der Quittungsstempel berücksichtigt nur den Abschluß eines Geschäfts, nicht die Höhe des Umsatzes. Ein weiterer Vorteil liegt in der außerordentlichen Ergiebigkeit einer Umsatzsteuer. Diesen Lichtseiten stehen aber auch Schattenseiten gegenüber. Wer soll die Steuer tragen? Der Produzent oder der Konsument? Die Praxis wird sich so gestalten, daß Konsument- und Gewerbesteuer als Mischform auftreten und die Ware verteuern. Das zweite Bedenken gegen diese Steuer wird darin gesehen, daß sie notwendig zu einer Sondersteuer sich ausbilden wird und nicht, wie gewünscht, als allgemeine Steuer gelten kann. Fortschrittliche Volkspartei und Sozialdemokratie verhalten sich der Vorlage einstweilen ablehnend gegenüber. — Die Lage der

Hypothekenbanken im Jahre 1915

kennzeichnet sich durch die überall notwendige Anpassung an die durch den Krieg entstandenen Verhältnisse. Ein normaler Geschäftsverkehr konnte demnach auch nicht, wie die Frankfurter Zeitung (14. April) schreibt, stattfinden. Der Obligationenabsatz war durch Einstellung des offiziellen Börsenhandels sehr mäßig. Die Konkurrenz der Kriegsanleihen sowie der Disagioverlust bei den vierprozentigen Werten verursachten auch eine gewisse Zurückhaltung im Erwerb neuer Hypotheken. Die Banken sahen ihre hauptsächlichste Arbeit in der Weiterführung alter Bestände und der Prolongation kündbar gewordener älterer Hypotheken. Die Rentabilität der Hypothekenbanken blieb dennoch in den meisten Fällen befriedigend. Die Provisionseinnahmen sind natürlich durch den Mangel an neuen Beleihungen gemindert worden. So die der Deutschen Hypothekenbank, Berlin, von 349 167 ℳ 1913 auf 137 857 ℳ im Jahre 1915; die der Deutschen Hypothekenbank, Meiningen, von 438 722 im Jahre 1913 auf 58 348 ℳ 1915. Der Dividendensatz konnte, wenn nicht sogar erhöht, so doch nach dem Satz von 1914 aufrechterhalten werden. Die Verstärkung der Reserven ist dabei nicht vernachlässigt worden. Die Bilanzierungspolitik der früheren Jahre, die für nicht unerhebliche Rücklagen sorgte, ist Ursache, daß auch bei der Ungewißheit über die zukünftige Gestaltung des Immobilienmarktes nicht Unruhe entstehen wird. Ob man auf die Reserven zurückgreifen muß, hängt wie überall auch hier von der Dauer und den wirtschaftlichen Folgen des Krieges ab. — Zu dem Problem der vielstelligen Hypotheken nimmt in einem Aufsatz in der Bauwelt (13. April) auch Dr. August Behrens-Berlin Stellung. Den

Vorschlägen zur Hypothekennot

des Freiherrn von Godin (Nr. 9) und des Landeswohnungsinspektor Gretzschel (Nr. 2 ders. Fachschrift) stimmt er nicht in allem bei. Godin hat wohl recht, die Zurückhaltung des Kapitals vor zweitstelligen Hypotheken den hohen Steuern zuzuschieben, die es dem Nachhypothekar meistens unmöglich macht, im Falle der Versteigerung das Grundstück zu erstehen. Seiner Auffassung über die rechtliche Besserstellung der Nachhypothekare kann er jedoch nicht beipflichten. Der Zwang auf die vorstehenden Hypothekengläubiger, bei Erwerb des Grundstücks durch den Nachhypothekar ihre Hypotheken stehen zu lassen, sei ein zu weitgehender Gedanke. Die freie Entschließung darüber, ob jemand einem neuen Schuldner Kredit gewähren will oder nicht, dürfte nicht aufgehoben werden, wenn auch

der Grundstückskredit in erster Linie Realkredit sei. Ebenso sei der Vorschlag von Godins, dem erstehenden Nachhypothekar das Recht einzuräumen, von den Vorhypothekaren Kreditierung der rückständigen Zinsen zu verlangen, als zu weitgehend abzuweisen, selbst unter der Voraussetzung, daß das Grundstück unter die Verwaltung eines Treuhänders kommt. Es bedeute einen Bruch unseres ganzen Hypothekensystems. Der Vorschlag von Gretzschel, der Hypothekennot nicht durch Aenderung der rechtlichen Grundlagen, sondern durch wirtschaftliche Maßnahmen zu steuern, hat etwas Bestechendes an sich. Er schlägt die Schaffung von Pfandbriefämtern vor. Die Schuldner sollen außer dem jeweiligen Zinsfuß ¾ % für Verwaltungskosten und 1½ Prozent für Tilgung bezahlen; außerdem eine einmalige Zahlung in Höhe von 5 % ihrer Hypothek in den Sicherheitsfonds und entweder mit weiteren 5 % für die Schulden des Pfandbriefamtes haften oder aber statt dessen noch 2½ % in den Sicherheitsfonds einzahlen. Die sich hier ergebende hohe jährliche Belastung würde den Versuch der Ausführung eines solchen Planes jedoch zum Scheitern bringen. — Der hauptamtliche Dozent der Privatwirtschaftslehre am Internationalen Institut für das Hotelbildungswesen, Dr. R. Glücksmann, lehnt in der Wochenschrift „Das Hotel" (7. April) den Plan einer Hotelbank als unrationell ab. Unter der Ueberschrift

Hotelbank oder Einkaufsgenossenschaft

führt er aus, daß eine Bank, die Spezialinteressen dient, eine breite Basis braucht, wie die Landwirtschaftlichen Banken, die sich an die Gesamtheit der Landwirte, die Gewerbebanken, die sich an alle Gewerbetreibenden wenden. Einen ziemlich kleinen Teil dieses letzten Standes bilden die Hotelbesitzer und Gastwirte, die im gesamten, soweit sie Mitglieder des J. H. V. sind, ein Kapital von etwa 978 Mill. ℳ in ihren Unternehmungen präsentieren. Dreiviertel von diesem Kapital ist immobilisiert. Eine der Hauptleistungen einer Hotelbank wäre wohl die Annahme der Einzahlungen täglicher Gelder. Nach Untersuchungen, die Glücksmann angestellt hat, ist dieser Umsatz nur etwa 25 % vom Gesamtkapital, also etwa 250 Mill. ℳ. Um den Zustrom dieser Gelder aufnehmen zu können, müßte über ganz Deutschland ein Netz von Zahlstellen und Niederlagen errichtet werden, deren Kosten jedenfalls den Reineinnahmen gleichstehen würden und das Unternehmen unrentabel erscheinen ließen. Die Angliederung an eine Großbank würde die Schwierigkeiten nicht lösen. Es darf weiter nicht übersehen werden, daß die Hypothekennot, deren Bestehen für das Hotelgewerbe doch auch von einschneidender Bedeutung ist, auf keinen Fall durch die Errichtung einer Hotelbank aus der Welt geschaffen werden kann. Die Gedanken zur Abhilfe der Schäden sind überhaupt auf ein anderes Gebiet, das der Verpflegung, zu leiten. Es ist bekannt, daß im gewinnlosen Verpflegungsgeschäft vielfach der Rückgang eines Hotelunternehmens liegt. Ein Großeinkauf auf genossenschaftlicher Basis könnte gründlich Abhilfe schaffen. Für eine solche Syndikatsorganisation kämen folgende Gesichtspunkte in Betracht: genossenschaftliche Form, 1000 ℳ Stammanteile, Zentralisierung des Betriebs in einem Verkehrszentrum, Konjunkturausnützung u. a. m. — Der Jahresbericht des Reichsversicherungsamts für 1915 kündet deutlich, daß auch der Krieg den vorbildlichen Ausbau der Sozialfürsorge nicht hemmen konnte. Auch irgendwelche Stockungen sind, so schreibt die Soziale Praxis (13. April), der

Deutschen Sozialversicherung im Jahre 1915

fremd geblieben. Im einzelnen weist die Unfallversicherung zum ersten Male seit längeren Jahren einen Rückgang auf: von 17 788 769 ℳ auf 173 318 705 ℳ. Die Zahl der Empfänger war von 1 145 600 auf 1 108 825 gesunken. Auch bei der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung ist in der Zahl der Renten ein Rückgang zu bemerken. Dagegen sind die Krankenrenten aus mancherlei mit dem Krieg zusammenhängenden Gründen um etwa 45 % gewachsen. Im ersten Kriegsjahr wurden von den Versicherungsanstalten für allgemeine Maßnahmen zur Verhütung vorzeitiger Invalidität und zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse unter der versicherten Bevölkerung im ersten Kriegsjahr über 9½ Mill. ℳ ausgegeben, ein gutes Zeichen der Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiterversicherung.

Umschau.

fn. Daimler. Unter den zahlreichen Generalversammlungen von Aktiengesellschaften, die in diesen Monaten nach der Veröffentlichung der Dezemberabschlüsse stattfinden, hat bisher nur die Generalversammlung der Daimlermotoren-Gesellschaft grösseres Aufsehen erregt. Es ist nicht ohne typische Bedeutung für die Lage des im grossen ganzen begünstigten Teiles der deutschen Industrie, der als Grossbetrieb die Form der Aktiengesellschaft hat, dass sich dieser heftigste Generalversammlungskampf um den Grad des Ausweises erzielter Kriegsgewinne und um die Höhe der aus diesen Kriegsgewinnen zu zahlenden Dividende drehte. Dass die Bilanz der Daimlermotoren-Gesellschaft seit Jahren zu der Gruppe gehört, bei der um der aufgehäuften stillen Reserven willen von einer Bilanzwahrheit und -klarheit gar keine Rede sein kann, ist bekannt. Das Verstecken von Gewinnen durch Unterbewertung von Aktiven ist in der Bilanz der Daimlergesellschaft insbesondere dadurch zu einem hohen Grade entwickelt, dass auf der Aktivseite ein Sammelposten erscheint, der Grundstücke, Gebäude, Maschinen und Patente enthält. Durch die günstige Kriegskonjunktur hat die Daimlergesellschaft in besonders grossem Umfange Gelegenheit gehabt, ihre stillen Rücklagen weiter zu erhöhen. Insbesondere dadurch, dass sie sehr erhebliche Betriebserweiterungen vorweg aus den Ueberschüssen bezahlt hat, ohne dass sich die Aktiven der Bilanz dadurch verändert haben. Eine von Berliner Bankiers geführte Aktionärgruppe hat bereits in der vorjährigen General-

versammlung darauf hingearbeitet, den sofortigen Anteil der Aktionäre an diesen reichen Gewinnen zu vergrössern. Ihre Bemühungen blieben damals ohne direkten Erfolg. Die Opposition erreichte nur, dass in der vorjährigen Generalversammlung sehr günstige, auf die Steigerung des Kurses der Daimleraktien wirkende Auskünfte gegeben wurden und dass eine höhere Gewinnausschüttung für die Zukunft in Aussicht gestellt wurde. Damit begnügte sie sich. In diesem Jahre hat nun die Daimlerverwaltung zwar eine Erhöhung der Dividende von 16 auf 24% vorgeschlagen, aber angesichts der ausserordentlich grossen neuen Gewinne, die dieses Jahr gebracht hat, war die Opposition mit dieser Dividendenbemessung wieder unzufrieden. Sie verlangte in der Generalversammlung von neuem eine Aufklärung über die Bilanz. Sie begnügte sich aber diesmal nicht mit den wiederum recht anregenden Mitteilungen der Verwaltung, sondern nachdem sich die Verwaltungspartei zu einer Erhöhung ihres Dividendenvorschlages nicht bewegen liess, benutzte die Minorität, welche weit über 10% des Aktienkapitals vertrat, ihre Macht, um auf Grund von Bemängelungen der Bilanz die Vertragung der Bilanzverhandlung auf Grund des § 264 HGB. durchzusetzen. Diese Art der Ausnutzung der Minderheitsrechte, die der § 264 einräumt, ist in unserem Aktienwesen ausserordentlich selten. Im allgemeinen sind wir gewohnt, der Bilanzvertagung nur dort zu begegnen, wo die Minderheit glaubt, etwas Faules aufklären zu müssen und es ist beinahe die Regel, dass im Zusammenhange mit der Bilanzvertagung der Antrag auf Einsetzung von Revisoren gemäss § 266 HGB. auftritt. Bei der Daimleropposition ist der Zweck der Bilanzvertagung ohne Zweifel garnicht so sehr das Bestreben, die Unklarheiten der Daimlerbilanz wirklich restlos aufzudecken. Wahrscheinlich würde die Opposition mit der Verwaltungspartei im Ernstfalle darüber ganz einig sein, dass es für die Gesellschaft untunlich wäre, jetzt plötzlich durch eine wirklich richtige Bilanz ihre ganzen aufgespeicherten Gewinne der Oeffentlichkeit zu zeigen. Es kommt der Opposition ja nicht auf das Ziel der Bilanzwahrheit an, sondern, das muss man immer im Auge behalten, lediglich auf eine besondere erhöhte Gewinnausschüttung. Durch die Bemängelung der Bilanz, die eine neue Generalversammlung notwendig macht, und eventuell auch noch über die Beschlüsse dieser Generalversammlung hinaus allerlei Ungelegenheiten bereiten kann, soll von seiten der Opposition lediglich ein Druck auf die Verwaltung ausgeübt werden, der selbstverständlich ohne jede Schwierigkeit möglichen höheren Gewinnausschüttung zuzustimmen. Wenn die Verwaltung sich in den vier Wochen bis zur nächsten Generalversammlung entschliesst, der Opposition mit ein paar Prozent Dividende entgegenzukommen, so ist es kaum zweifelhaft, dass die Opposition Bilanzwahrheit Bilanzwahrheit sein lässt und sich ihres Erfolges freut. Der Fall ist charakteristisch dafür, wie die Minderheitsrechte, die der § 264 HGB. zum Schutze der Aktionäre einräumt, unter Umständen geschickt benutzt werden können, um der Mehrheit bis zu einem gewissen Grade in der Dividendenpolitik den Willen der Minderheit aufzuzwingen. Ob dies im Einzelfalle gelingt, hängt allerdings wesentlich von der Hartnäckigkeit der Mehrheit ab. Denn wenn sie trotz aller ihr bereiteten Schwierigkeiten sich nicht gutwillig zu einem Kompromiss bewegen lässt, so sind die Aussichten der Minderheit über die einmalige Vertagung hinaus auf dem Prozesswege die Bilanz und die Gewinnverteilung anzufechten, wohl nicht besonders gross. Derartige Prozesse sind langwierig, kostspielig und ihr Ausgang immer recht zweifelhaft.

Gerichtlicher Präventivakkord. Herr Assessor Dr. W. Seelig-Berlin schreibt mir: „Zu allen Zeiten und überall sind die Schäden einer jeden Konkurseröffnung behandelt und betont worden. Gleichwohl hat die deutsche Gesetzgebung sich für den gerichtlichen Präventivakkord nicht erwärmen können, trotzdem führende Geister und Handels-, wie Gewerbekreise für seine Einführung eintraten. Für ihn sprechen, dass er das Sinken aller Vermögenswerte im Konkurs verhindert, die beträchtlichen Konkurskosten erspart und den würdigen Geschäftsmann vor der capitis deminutio des Konkurses bewahrt. Handel und Gewerbe halfen sich in Anbetracht dieser Umstände deshalb mit den aussergerichtlichen Akkordverhandlungen, die aber in der Regel an dem Widerstande eines Aussenseiters, des sogen. Akkordstörers, vielleicht mit einer ganz geringen Forderung scheiterten und auch wegen der hierbei vorkommenden Schiebungen viel gegen sich haben. Die Regelung der Frage durch die Gesetzgebung ist mit Rücksicht auf die durch den Krieg hervorgerufene Wirtschaftslage und dadurch, dass die meisten unter Geschäftsaufsicht Stehenden nach dem Ausserkrafttreten der Bekanntmachung des Bundesrates vom 8. August 1914 in Konkurs zu geraten drohen, akut; Erwägungen schweben, aber hier tun Eile und durchgreifender Zwang not; helfen kann zu jetziger Zeit nur eine Bundesratsverordnung, die das Verfahren an das der Geschäftsaufsicht anschliesst. Vorbilder für das Verfahren sind genug vorhanden. Die meisten europäischen Staaten besitzen es, und die österreichische Ausgleichsordnung vom 10. Dezember 1914 bietet insbesondere einen alle Beteiligten befriedigenden Anhalt. Im Anschluss an diese Ordnung soll für das deutsche Verfahren unter Berücksichtigung der bestehenden Institutionen folgendes vorgeschlagen werden: Entgegen der von führenden Juristen einseitig betonten Schuldnerinteressen wird man an der öffentlichen Bekanntmachung der Eröffnung und des Ausgleichsvorschlags, die die Aufforderung zur Anmeldung enthält, festhalten. Die Aufsicht und staatliche Leitung muß dem Konkursgericht zustehen, das den Ausgleichsverwalter bestellt, und zweckmässig wird die Bestellung des Geschäftsaufsichtsführenden sein. Der Antrag auf Eröffnung des Ausgleichsverfahrens wird aus wichtigen Gründen zurückzuweisen sein, so, wenn binnen kurzer Zeit erst über das Vermögen des Schuldners ein Konkursverfahren schwebte, seine Würdigkeit zu wünschen übrigläßt, oder seine Hauptgläubiger im Felde stehen und sich nicht vertreten lassen können. Die Feststellung der Forderungen in einem Prüfungstermin mag fortfallen. Die Bedenken dagegen sind dadurch zu beheben, dass der Ausgleich die Gläubiger, die durch Verschulden des Schuldners nicht am Verfahren teilnahmen, nicht bindet, und dem Schuldner dafür, wie für Schiebungen, Strafen drohen. Das Verwaltungs- und Verfügungsrecht über die Masse hat von der Eröffnung des Verfahrens von dem Gemeinschuldner auf den Verwalter überzugehen, der mit

oder ohne Gläubigerausschuß den Geschäftsbetrieb des Schuldners möglichst fortführt, sein Vermögen aufrechterhält und von dem Schuldner die Erteilung von Auskunft und die Leistung des Offenbarungseides fordern kann. Das Abstimmungs- und Bestätigungsverfahren kann den Bestimmungen der Konkursordnung analog gebildet werden, wobei auf einen Mindest-Ausgleichsvorschlag von 25 % mit Rücksicht auf die Kosten und Weitläufigkeit des Verfahrens zu sehen sein wird. Wenn auch durch diese Hauptzüge für die Gestaltung des gerichtlichen Präventivakkords mancher Verfechter des Zwangsvergleiches außerhalb des Konkursverfahrens enttäuscht werden mag, so dürften sie doch dazu beitragen, einer dringenden Hilfe heischenden Notlage der Volkswirtschaft zu mildern. Härten, die sich in der Praxis herausbilden sollten, könnten durch eine Nachtragsverordnung abgestellt werden".

Gedanken über den Geldmarkt.

Während die Vorgänge im Goldleihverkehr zurzeit wenig Bemerkenswertes bieten, haben sich am internationalen Devisenmarkt inzwischen interessante Ereignisse abgespielt, deren eingehende Betrachtung sich verlohnt, wenngleich ihre Entstehungsursachen im einzelnen wenig geklärt sind. Streng gesetzmässige Erscheinungen, wie sie sich in Friedenszeiten bei fast jedem Vorgange in der Bewegung der Wechselkurse nachweisen lassen, können unter heutigen Verhältnissen nicht festgestellt werden, da für die meisten Länder der feste Metallmassstab während der Kriegszeit seine Gültigkeit verloren hat. Der bestimmte Anspruch der Noten auf Metalleinlösung ist fast überall aufgehoben, wobei als interessanteste Erscheinung registriert werden muss, dass die Motive für diese Aufhebung in den verschiedenen Ländern diametral entgegengesetzt sind; denn bei den Kriegführenden geschieht dies, um das Gold festzuhalten, bei einigen Neutralen, wie Schweden und Norwegen, um das Gold fernzuhalten.

Hier liegen Gegensätze vor, die vielleicht geeignet sind, tief in die bestehenden Währungstheorien einzugreifen, die aber im Rahmen unserer kurzen, mehr chronistischen Betrachtung hier nicht erörtert werden können. Jedenfalls kann das Gefüge des internationalen Devisenmarkts jetzt im Kriege nicht ohne weiteres als das „kommunizierende Röhrensystem" angesehen werden, das es in Friedenszeiten trotz mancher Verschiedenheiten des Münzfusses und der Metallbasis darstellte. Zum mindesten, wenn man bei dem Bilde bleiben will, muss man sagen, dass wichtige Verbindungsgänge dieses Systems verstopft sind und miteinander nur unvollkommen und auf grossen Umwegen in Verbindung stehen. Die eigentlichen Brennpunkte des Verkehrs sind heute die neutralen Märkte, von denen manche früher nur eine recht nebensächliche Rolle gespielt haben. Aber auch ihre Beziehungen zueinander regulieren sich nur teilweise nach den früheren gesetzmässigen Gesichtspunkten, da die ausgleichenden Faktoren der Metallmasse verschiedentlich durch Schwanken der Frachtratenverteuerung der Versicherungsprämien und Transportverhinderung durch englische Schikane häufig ausgeschaltet sind. Deshalb bedingt eine bestimmte Be-

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:

Mittwoch, 26. April	*Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Mülheimer Bank, Sachsenwerke Licht u. Kraft, Ludwig Löwe Akt.-Ges., Egestorff Salzwerke u. Chemische Fabriken, Oberschles. Kokswerke und Chemische Fabriken, Kölnische Baumwollspinnerei u. Weberei, Gebr. Schöndorff, Lothringer Portland-Cementwerke, Süddeutsche Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Rheinisch-Westf. Schachtbau Akt.-Ges., Wollwäscherei u. Kämmerei Döhren Akt.-Ges.
Donnerstag, 27. April	Ironage-Bericht. — *Bankausweise London, Paris.* — *G.-V.:* Ostbank für Handel u. Gewerbe Posen, Portland-Cementwerke Heidelberg, Stettin-Bredower Portland-Cementfabrik, Adlerwerke vorm. Kleyer, Carl Ernst & Co., Ludwigshafener Walzmühle, Lokomotivfabrik Krauss München.
Freitag, 28. April	*G.-V.:* Deutsche Bank, Steaua Romana, Metallwarenfabrik Baer & Stein, Norddeutsche Wollkämmerei u. Wollspinnerei, Hamburger Wollkämmerei, Maschinenbau-Ges. Balcke, E. Gundlach Akt.-Ges., J. Frerichs & Co. Schiffswerft, Ver. Elbeschiffahrts-Ges., Hein, Lehmann & Co., Elektrische Strassenbahn Breslau, Breitenburger Portland-Cementfabrik, Joh. Girmes, Akt.-Ges. — Schluss des Bezugsrechtsaktien C. D. Magirus.
Sonnabend, 29. April	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Deutsch-Asiatische Bank, Westfälisch-Lippesche Vereinsbank, Bergwerksgesellschaft Hibernia, Köln-Neuessener Bergwerksverein, Aplerbecker Zeche Margarethe, Duxer Kohlenverein, Grube Leopold, Kaliwerke Salzdetfurth, Deutscher Eisenhandel Akt.-Ges., Deutsche Asphalt-Akt.-Ges. Limmer & Vorwohler Gruben, Schlesische Akt.-Ges. für Zinkhüttenbetrieb, Alsensche Portland-Cementfabriken, Portland-Cementfabrik Hemmoor, Chemische Fabrik Schering, Ver. Glanzstoff-Fabriken, Rütgerswerke, Planiawerke, Norddeutsche Kohlen- u. Cokeswerke, Gummiwerke „Elbe", Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-Akt.-Ges., Thüringische Nadel- u. Stahlwarenfabrik, Wolff Knippenberg, Dresdner Bau-Gesellschaft, Süddeutsche Immobilien-Ges., Deutsche Ansiedlungsbank, Norddeutsche Eiswerke, Gustav Genschow, Grohner Wandplattenfabrik, Rostocker Strassenbahn, Wasserwerk für das nördliche Kohlenrevier Gelsenkirchen, Hermann Löhnert Akt.-Ges., Preussische National-Versicherungs-Ges. Stettin, Zuckerfabrik Nauen, Königsberger Handels-Compagnie.
Montag, 1. Mai	*Aprilausweise Grosse Berliner Strassenbahn, Allgemeine Berliner Omnibus-Akt.-Ges., Elektrische Hoch- u. Untergrundbahn, Hamburger Strasseneisenbahn, Hamburg-Altonaer Centralbahn.* — *G.-V.:* Vorwohler Portland-Cementfabrik Planck, Ottensener Eisenwerk, Dittmann-Neuhaus & Gabriel-Bergenthal, Bank für Bergbau und Industrie, Porzellanfabrik Kahla, Porzellanfabrik Schönwald.

Dienstag, 2. Mai	*Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-Akt.-Ges., Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Akt.-Ges., Heine & Co. Leipzig, Gebr. Körting, Akt.-Ges.
Mittwoch, 3. Mai	*G.-V.:* Deutsche Erdöl-Akt.-Ges., Oberschlesische Eisenindustrie Akt.-Ges., Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Dürener Metallwerke, Akt.-Ges. für Verkehrswesen, Friedrich Wilhelm Lebensversicherungs-Akt.-Ges., R. Frister Akt.-Ges., Saline und Soolbad Salzungen, Eisenhütte Silesia, Ver. Thüringische Salinen, Hannoversche Papierfabriken Alfeld-Gronau, Phönix Akt.-Ges. für Herd- und Ofenindustrie Oberhausen.
Donnerstag, 4. Mai	Ironage-Bericht. — *Bankausweise London, Paris.* — *G.-V.:* Kraftübertragungswerke Rheinfelden, Kaiserkeller, Odenwälder Hartstein-Fabrik, Akt.-Ges. für Verzinkerei u. Eisenkonstruktion vorm. Jacob Hilgers, Stralauer Glashütte Akt.-Ges., Berliner Elektrische Strassenbahnen, Maschinenfabrik Germania J. S. Schwalbe, Frankfurter Maschinenbau-Akt.-Ges. Pokorny & Wittekind.
Freitag, 5. Mai	*G.-V.:* Cöln-Müsener Bergwerks-Aktien-Verein, Thonwarenfabrik Wiesloch, Akt.-Ges. für Kohlensäure-Industrie, Bergwerksgesellschaft Dahlbusch, Teltower Boden-Akt.-Ges.
Sonnabend, 6. Mai	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Aluminium-Industrie Neuhausen, Deutsche Steinzeugwarenfabrik Friedrichsfelde, Berliner Holz-Comptoir, Dessauer Strassenbahn, Deutsche Kabelwerke Akt.-Ges., Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrts-Ges., Düsseldorf-Ratinger Röhrenkesselfabrik vorm. Dürr & Co., Ver. Kammerich, Belter & Schneevoglsche Werke, Kaliwerke Steinförde, Kochs Adler-Nähmaschinenfabrik.
Montag, 8. Mai	*G.-V.:* Terrain-Ges. Berlin-Nordost, Terrain-Ges. Park Witzleben, Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft, Mees & Nees Akt.-Ges. für Beton- u. Eisenbetonbau, Sächsische Tüllfabik Chemnitz-Kappel, Heidelberger Strassen- u. Bergbahn, Fritz Schulz jun. Akt.-Ges. Leipzig, Gebr. Goedhard, Krefelder Stahlwerk-Akt.-Ges., Akt.-Ges. Zoologischer Garten Berlin, Schlesische Dampferkompagnie.
Dienstag, 9. Mai	*G.-V.:* Akt.-Ges. für Gas-, Wasser- u. Elektrizitätsanlagen, Heddernheimer Kupferwerke.
	Ausserdem zu achten auf: Geschäftsbericht Chemische Fabriken, Lübeck-Büchener Eisenbahn. Verlosungen: 1. Mai: 3% Belgische Comm.-Credit (1868), Braunschweiger 20 Tlr. (1868), Genueser 150 Lire (1869), Holländische Weisse Kreuz 10 Gld. (1888), 3% Lütticher 100 Fr. (1860), 5% Oesterreichische 500 Gld. (1860). 5. Mai: Crédit foncier de France $2^3/_5$, 3 u. $3^1/_2$% Pfandbr. (1879, 1885, 1909, 1913), 3% Oesterreichische Allg. Bodencredit-Anstalt 100 Gld.-Präm.-Pfandbr. II. Em. (1889), 4% Pariser 500 Fr.-Lose v. 1875, 3% 300 Fr. (1912).

wegung der Valuten an einem dieser neutralen Plätze keineswegs ein rasches und vollständiges Reagieren an den andern.

Die eigentlich interessantesten Bewegungen, auf die hier Bezug genommen wird, haben sich in der letzten Zeit am Amsterdamer Markte abgespielt; hier ist für die Valuta der Mittelmächte schon seit Mitte März eine verhältnismässig feste Tendenz nach den vorher erfolgten Rückgängen zu konstatieren gewesen; die Sterlingvaluta zeigt dagegen in der zweiten Märzhälfte bis in den April hinein eine leicht abbröckelnde Haltung, während Zahlung Paris im Zusammenhang mit seiner allgemeinen Abschwächung auf dem Weltmarkt stark zurückging. Nun hat plötzlich vor einigen Tagen eine scharfe, zeitweilig fast stürmische Steigerung der fremden Valuten eingesetzt, die bemerkenswerterweise wiederum hauptsächlich der deutschen Valuta zugute kam; so stiegen die Reichsmark, die Anfang April noch zirka $41^5/_8$ in Holland notierten, am 18. auf fast 44, während Wien von etwa $29^1/_8$ den Kurs von zirka $30^1/_2$ erreichte. Dagegen beschränkt sich die Erhöhung bei Paris in der gleichen Zeit auf etwa $1^1/_4$ Gulden pro 100 Francs, bei London auf $^1/_4$ Gulden pro 1 Pfund.

Die Gründe, welche der holländische Markt für diese Devisen-Hausse hatte, sind nicht recht klar, sie mögen teilweise sachlicher Natur gewesen sein, teilweise nur psychologischer. Die sachlichen Zusammenhänge erscheinen allerdings nicht bedeutend genug, um Kursbewegungen, wie die angegebenen, darauf zu basieren. Es handelt sich hier um eine Transaktion der großen holländischen Banken im Verein mit dem Zentralinstitut, der Niederländischen Bank, die darin besteht, dass ein Posten englischer Schatzscheine, angeblich 7 Mill. Pfund, mit einjähriger Laufzeit übernommen wurde, dessen Gegenwert dazu dienen sollte, holländische Guthaben in England, die aus Warenlieferungen entstanden waren, flüssig zu machen, wodurch immerhin das Angebot von Pfunden in Amsterdam eine entsprechende Verringerung erfährt. Eine gleiche Aktion soll mit Frankreich abgeschlossen sein, dürfte hier aber bei den geringeren Handelsbeziehungen zwischen Holland und der Republik nicht von gleicher Bedeutung sein. Es verlautet nun, dass ein entsprechender Vertrag auch mit Deutschland perfekt geworden sei, bisher ist aber an keiner der hier in Betracht kommenden Stellen irgend etwas darüber bekannt geworden, so dass man diese Nachricht mit allen Zweifeln aufnehmen muss.

Als reine Tatsache steht also zunächst nur das Abkommen mit London fest, während die erwähnte Valutenhausse sich in viel grösserem Masse auf die Devisen der Mittelmächte erstreckte, bei denen ja allerdings auch das Disagio vorher wesentlich höher war. Die Berichte aus Amsterdam erwähnen nun, dass die betreffenden Börsen sehr stark unter dem Einfluss von Friedensgerüchten gestanden hätten, welche auch die Kurssteigerung am Devisenmarkt in erster Reihe gefördert haben sollen. Friedensgerüchte sind jetzt an den Börsen nichts Seltenes, auch die letzte grosse Aufwärtsbewegung am Berliner Effektenmarkt gründete sich ja zum Teil auf solche Versionen, und so mag auch die Devisenspekulation schnell durch Deckungen und Haussekäufe sich nach dieser Richtung orientiert haben. Es ist jedoch bezügl. der deutschen Va-

luta anzunehmen, dass die Grundlagen für die Steigerung tatsächlich reeller gewesen sind, als sie der spekulative Bedarf allein ausmacht. Die neue deutsche Aussenhandelspolitik mit grösserer Förderung der Ausfuhr und der Fernhaltung unnötiger Importe mag vielmehr bei dieser Bewegung zum grossen Teil mitgewirkt haben. Bekanntlich ist die Nachfrage des neutralen Auslandes für unsere Hütten- und Walzprodukte andauernd ausserordentlich stark und auf anderen deutschen Erzeugnissen wird das grössere Entgegenkommen der Regierung bei der Ausfuhrerlaubnis jetzt den Weg in das neutrale Ausland geebnet haben. Ferner kommt hinzu, dass in der letzten Zeit die fremden Plätze aus Deutschland grössere Beträge russischer festverzinslicher und Dividendenwerte aufgenommen haben. Es bestehen somit namentlich für die Höherbewertung der Reichsmark gute reale Gründe, so dass die Besserung zum erheblichen Teil als mehr anzusprechen ist, wie eine flüchtige Laune der Spekulation.

Wie schwach der Kontakt zwischen den einzelnen Devisenmärkten, von dessen Störung wir schon oben sprachen, funktioniert, ersieht man daraus, wie langsam die anderen neutralen Plätze, New York und die skandinavischen, den Bewegungen in Amsterdam gefolgt sind. New-York wurde vor wenigen Tagen noch durch eine besondere Baisse in Scheck Paris beeinflusst, von der unten noch zu reden sein wird, und folgte dann erst mit einer starken Besserung von Paris, die vermutlich aber auf Sonderursachen beruht, und einer grösseren Steigerung der Reichsmark, während Cable Transfert London, der ohnehin durch die englische Regierung immer künstlich hochgehalten war, kaum anzog. Noch stärker blieb zunächst die Teilnahmslosigkeit der skandinavischen Plätze, bei denen der niedrige Kursstand aller Devisen der Krieg führenden Länder noch am längsten anhielt; hier ist erst in den allerletzten Tagen ein Umschwung eingetreten, der besonders wieder dem Preise der Reichsmark zugutekam. Es ist heute nicht klar zu erkennen, in welchem Umfange die ganze Bewegung auf einer Friedensspekulation der Börse beruht, erfreulich ist aber die Tatsache, dass allenthalben der Kurs auf Deutschland die stärkste Erholung zu verzeichnen hat.

Es darf bei dieser Gelegenheit gesagt werden, dass die seit Ende Januar in Geltung befindliche straffe Organisation unseres Devisenhandels im grossen und ganzen ihre Feuerprobe aufs beste bestanden hat, wenn auch keineswegs verkannt wird, dass an den kritischen Einwendungen, die gegen sie erhoben wurden und noch vielfach gemacht werden, manches richtig ist. Ohne Verletzung einzelner Interessen und auch ohne Beeinträchtigung mancher wirtschaftlich wertvollen Betätigungen lässt sich aber eine derartig straffe Zentralisation nicht durchführen, andererseits ist aber das ganze Werk ohne diese enge Konzentration nicht durchzusetzen, und so muss eben manche Härte mit in Kauf genommen werden. Tatsache ist jedenfalls, dass auch in Zeiten stärkster Nachfrage die Steigerung in erträglichen Grenzen und die Kurse unter dem Niveau des Weltmarktpreises gehalten werden konnten. Gewiss mussten die Käufer damit rechnen, die Befriedigung ihres Bedarfs häufig statt sofort, erst im Verlauf mehrerer Tage durchgeführt zu sehen, aber schliesslich wurden für jeden berechtigten Zweck die geforderten Devisen stets in vollem Umfange bereitgestellt. Es wurde auch die Stabilisierung der Devise Oesterreich-Ungarns im Verein mit der für diesen Zweck geschaffenen Zentralstelle in Wien und Budapest in völlig befriedigendem Masse erreicht, mehr konnte und durfte man nicht erstreben, und die Regelung darf daher heute schon als ein Erfolg betrachtet werden.

Schliesslich sei noch kurz die Krisis berührt, welche die Devise Paris in der letzten Zeit wiederum durchgemacht hat. Trotz starker Goldverschiffungen der Bank von Frankreich an die Bank von England und entsprechender Devisenabgaben des französischen Instituts ist die Francs-Devise in London und bei den Neutralen, unter ihnen besonders New York, während mehrerer Tage in panikartigem Umfange entwertet worden. In London überstieg die Notierung den Kurs von 29, während in NewYork die Notiz bis 6,08 hinaufschnellte. Dieser Steigerung folgte dann in New York plötzlich ein rascher Kurssturz auf ca. 5,96, der vermutlich durch eine neue Anleiheoperation am amerikanischen Markt herbeigeführt war. Es scheint sich hier um eine im Interesse Frankreichs unternommene Aktion der englischen Banken in New York gehandelt zu haben, nachdem man wohl von Paris aus sehr energisch in London verlangt hatte, dass England zur Abstellung der französischen Valutakrisis in New York interveniere. Ueber die Einzelheiten des Anleihegeschäfts verlautet noch nichts Bestimmtes, doch dürften die Bedingungen keineswegs billig und keineswegs sehr ehrenvoll gewesen sein, zu denen Amerika das Portemonnaie in dem kritischen Moment geöffnet hat.

Justus.

Antworten des Herausgebers.

Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Der Herausgeber des Plutus erteilt grundsätzlich keine Auskünfte über die Solidität und den Ruf von Firmen sowie über die Qualität von Wertpapieren. Alle hier wiedergegebenen Auskünfte sind nach bestem Wissen und eventuell nach eingehender Erkundigung bei Sachverständigen erteilt. Die Auskunfterteilung ist jedoch eine durchaus freiwillige Leistung des Herausgebers, für die er keinerlei vertragliches Obligo übernimmt.

A. L., Nürnberg. Anfrage: Wie Sie wissen, wird mit Rücksicht auf die beabsichtigte Valutaverbesserung seitens Deutschlands jetzt gewünscht oder vorgeschrieben alle Fakturen oder sonstige Berechnungen nach d. Schweiz Francs auszustellen, d. h. also, dass die Schweiz in Francs remittieren muss, so dass dann Deutschland diese Francs zu verkaufen hätte. Nun meine ich aber doch, dass es eigentlich auf das gleiche heraus kommt, wenn diese Rechnungen auch in Mark ausgestellt wären und infolgedessen die Schweiz die Mark kaufen müsste. In beiden Fällen handelt es sich doch um die Nachfrage nach Mark, weil ein Angebot in Fr. vorhanden.

Antwort: Für die Gestaltung der Wechselkurse kommt es allerdings, wie Sie schreiben, auf dasselbe

hinaus, ob in Deutschland ein Angebot an Francswechseln geschaffen wird oder ob in der Schweiz eine Nachfrage nach Markwechseln entsteht. Wenn trotzdem mit Recht die Berechnung der Ausfuhr in der ausländischen Währung empfohlen wird, so ist dabei folgendes zu berücksichtigen. Wir haben um der Zahlungsbilanz und der Wechselkurse willen ein Interesse daran, an das Ausland zu möglichst hohen Preisen zu verkaufen. Wenn nun der Preis bei der Ausfuhr in Mark gestellt wird, und der ausländische Käufer bei dem gegenwärtigen Stand der Wechselkurse Markwechsel unter dem Paritätswert kaufen kann, so verbilligt sich für ihn die bezogene Ware, d. h. der ausländische Käufer hat den Vorteil von der Entwertung der Mark. Wenn hingegen der Preis in der ausländischen Währung gestellt wird, und vom deutschen Verkäufer dabei annähend zum Paritätswert die Umrechnung erfolgt, so zieht der deutsche Verkäufer der den Wechsel auf das Ausland gegenwärtig über den Paritätswert verkaufen kann, den Nutzen aus der aussergewöhnlichen Gestaltung der Wechselkurse. Der Wunsch, alle Berechnungen in der ausländischen Währung vorzunehmen, bedeutet also in besonders leicht durchzuführender Form nichts anderes als der Wunsch, nach dem Auslande zu möglichst hohen Preisen zu verkaufen.

A. E., Guben. Anfrage: Kann ein stiller Teilhaber, der im Geschäftsbetriebe selbst tätig ist, in der Einkommensteuer beanspruchen, dass ihm der dreijährige Durchschnitt zugebilligt wird, wenn sein Einkommen aus den Geschäftsbüchern des persönlich haftenden Inhabers nachgewiesen wird?

Antwort: Nach unserer Ansicht ist der Geschäftsgewinn aus Handel, Gewerbe und Bergbau auch dann bei der Einkommensteuer nach dem dreijährigen Durchschnitt zu berechnen, wenn es sich um einen stillen Teilhaber handelt. Der Zweck der Beschränkung im § 9 Abs. 3 des Einkommersteuergesetzes auf Personen, welche Handelsbücher nach Vorschrift der §§ 38ff. HGB. führen, besteht darin, dass zuverlässige Unterlagen für eine Durchschnittsberechnung vorliegen müssen. Die zuverlässigen Unterlagen sind aber bei dem stillen Teilhaber durch die Geschäftsbücher des persönlich haftenden Gesellschafters unseres Erachtens gegeben. Wenn der stille Teilhaber für seine Tätigkeit im Geschäftsbetriebe, abgesehen von seinem Anteil am Geschäftsgewinn ein Gehalt bezieht, so kommt für dieses Gehalt die Berechnung nach dem dreijährigen Durchschnitt natürlich nicht in Betracht. Diese ist nur für den eigentlichen Geschäftsgewinn zulässig. Ueber die Frage, ob in dem Einzelfall eine ausreichende Buchführung zur Berechnung des Durchschnittsgewinns vorliegt, entscheidet nach der Ziffer 5 des § 9 die Berufungskommission endgültig. Es empfiehlt sich, auf jeden Fall bei der Steuererklärung die Durchschnittsberechnung eingehend zu begründen.

Plutus-Archiv.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Direkte Reichssteuern oder direkte Reichskriegssteuern? Referat vom Verein für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik, erstattet von Regierungsrat L. Buch, Düsseldorf. Vereinsschriften des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik E. V., herausgegeben von Generalsekretär Erwin Stein. Berlin-Friedenau. Deutsche Kommunal Verlag G. m. b. H. Preis geh. 1.50 *M*, geb. 2,25 *M*.

Die Bank. Monatsschrift für Finanz- und Bankwesen. Herausgeber: Alfred Lansburgh. Berlin 1916. Bank-Verlag. Preis des Einzelheftes 1.50 *M* im Vierteljahr 4.— *M*. Monatlich ein Heft.

Heft 3. Das Gold im Kriege. Von Alfred Lansburgh. — Die Kehrseite der Kriegswirtschaft. Von Ludwig Eschwege. — Die Kriegsanleihen und die Finanzierung der Friedensarbeit. Von Karl Hildebrand. — Vorläufiges zu den Grossbankabschlüssen. Von A. Lansburgh.

Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis. Mit dem Beiblatt „Der Kaufmann und das Leben. Leipzig 1916. Verlag von Carl Ernst Poeschel, Preis vierteljährlich 3.50 *M*. Monatlich ein Heft.

Heft 1. Handelswissenschaftliche Ehrentage. Von Prof. Dr. H. Niklisch, Mannheim. — Die Anstellungsverträge (Arbeitsverträge) während des Krieges und nach dem Kriege. Von Stadtrechtsrat Dr. Anton Edel, Dozent an der Handelshochschule Mannheim. — Marktpreis Eine zeitgemässe Untersuchung (Schluss). Von Prof. Eugen Schigut, Wien. — Die Vereinheitlichung des deutsch-österreichischen Bahntarifs. Von Eugen Löwinger, Charlottenburg. — Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine mit beschr. Haftung, Hamburg. — Von Bücherrevisor Alfred Schramm, Hamburg. — Kalkulations- und Kontrolleinrichtungen eines Detail-Kaufhauses (Schluss). — Die Bedeutung der deutsch-englischen Blockade für das amerikanische Wirtschaftsleben. — Journalteilung in der amerikanischen Buchführung. — Krieg und Zahlungsstundung. Regelung des Zahlungsverkehrs in den kriegführenden Ländern. III. Von Otto Jöhlinger, Redakteur des Berliner Tageblattes, Berlin (Unter Mitwirkung von Erwin Respondek). — Der Krieg und die Sprache des Kaufmanns. III. Von Dir. Th. Blum, Dessau. — Der Krieg gegen den deutschen Handel nach Süd-Amerika. Von Dr. M. Ritzenthaler, Frankfurt a. M.

Sozialistische Monatshefte. Herausgeber J. Bloch. Berlin 1916. Verlag der Sozialistischen Monatshefte. Preis des Einzelheftes 0,50 *M*. Vorzugsausgabe 1,— *M*.

Heft 4. Das Imperium und die Arbeiter. Von Hugo Potzsch. — Der englische Arbeiter im Weltkrieg. Von Karl Leuthner. — Vom Alkoholismus der Ententevölker. Von Dr. Ludwig Quessel. — Steuerprobleme. Von Julius Kaliski. — Zur Frage eines Elektrizitätsmonopols. Von Joseph Kurth.

Heft 5. Die Neuorientierung der Sozialdemokratie. Von Heinrich Peus. — Eine Probe auf den 4. August. Von Wilhelm Kolb. — Gemeinschaftsgedanke nach dem Weltkriege Aufgaben der Sozialdemokratie. Von Paul Kampffmeyer. — Aegypten. Von Hermann Kranold. — Ideologie und Idealismus im Frauengeist. Von Wally Zepler.

Gegen den Bargeldverkehr. Von Ernst Kahn. Heft 1 der Dringlichen Wirtschaftsfragen. Leipzig 1916. Verlag von Veit & Comp. Preis 1. *M*.

Unsere Fehler. — Die Aufgaben der staatlichen und kommunalen Behörden. Die Reichsbank. — Der Postscheck. — Die Banken und der Zahlungsverkehr. — Der Hamburger Zahlungsverkehr. — Der bestätigte und zertifizierte Scheck. — Besonders rückständige Geschäftszweige. — Zusammenfassung.

Die Kaufkraft des Geldes. Ihre Bestimmung und ihre Beziehung zu Kredit. Zins und Krisen. Von Irving Fisher, Professor der Nationalökonomie an der Yale-Universität New Haven, Connecticut. Unter

Mitwirkung von Harry G. Brown, Dozent der Nationalökonomie an der Yale-Universität. Aus dem Englischen übersetzt von Ida Steckner. Durchgesehen von Professor Dr. St. Bauer in Basel. Berlin 1916. Verlag von Georg Reimer. Preis geh. 8.— *M*.

Vorwort. — Begriffsbestimmungen. — Beziehungen der Kaufkraft des Geldes zur Verkehrsgleichung. — Einfluss der Depositenumlaufsmittel auf die Gleichung und infolgedessen auf die Kaufkraft. — Störung der Gleichung und der Kaufkraft in Perioden des Ueberganges. — Indirekte Einflüsse auf die Kaufkraft. — Indirekte Einwirkungen. — Einwirkung der Geldsysteme auf die Kaufkraft. — Einwirkung der Geldquantität und anderer Faktoren auf die Kaufkraft und ihre Wechselwirkung. — Die Zerstreuung der Preise macht eine Indexnummer für die Kaufkraft erforderlich. — Die besten Indexnummern der Kaufkraft. — Statistischer Nachweis. Allgemeiner historischer Rückblick. — Statistiken der letzten Jahre. — Das Problem, die Kaufkraft stabiler zu gestalten. — Anhänge zu Kapitel II, III, V, VI, VII, VIII, X, XII. — Anhang zur zweiten Auflage über die „Wretstabilisierung des Dollars“.

Die neuere Entwicklung des Zinsfusses und der Einfluss des Weltkrieges auf seinen Stand. Rede bei der Feier des Rektoratswechsels der Universität Frankfurt a. M. am 26. Oktober 1915. Von Dr. Ludwig Pohle, o. ö. Professor der Staatswissenschaften. III. Frankfurter Universitätsrede 1915. Frankfurt a. M. Verlag von Werner u. Winter G. m. b. H. Preis 1.— *M*.

Hausbesitz und Schätzungsämter. Von Georg Haberland. Berlin 1916. Verlag von Alfred Unger. Preis 0.60 *M*.

Die Besteuerung der Kriegsgewinne. Von Dr. jur. G. Strutz. Senatspräsidenten des preussischen Oberverwaltungsgerichts, Wirkl. Geh. Oberregierungsrat. 22. Heft der Finanzwirtschaftlichen Zeitfragen. Herausgegeben von Reichsrat Professor Dr. Georg von Schanz in Würzburg und Geh. Regierungsrat Professor Dr. Julius Wolf in Berlin. Stuttgart 1916. Verlag von Ferdinand Enke. Preis 1,80 *M*.

Die Volkstümlichkeit der Kriegsgewinnsteuer. — Die Berechtigung der Kriegsgewinnsteuer. — Die Gestaltung der Kriegsgewinnsteuer.

Zeitschrift für Kommunalwissenschaft. Unter ständiger Mitwirkung von Oberverwaltungsgerichtsrat Ruffmann, Prof. Dr. van der Borght, Kaiserl. Präsident a. D. und Prof. Dr. Maas, herausgegeben von Dipl.-Ingenieur Alfred Berlowitz. Stuttgart und Berlin. Deutsche Verlagsanstalt. — Monatlich 1 Heft. Bezugspreis 15 —*M* jährlich. Einzelheft 1.50 *M*.

Heft 4/5. Lehrstätten der Kommunalwissenschaft. Von Prof. Stier-Somlo. — Die gemeindlichen Steuersysteme in Deutschland. — Von Geh. Reg.-Rat Dr. jur. Seidel. — Die Stellung der Militärpersonen in den preussischen Gemeinden. Von Dr. jur. A. Friedrich Everling. — Gesetzgebung und Rechtsprechung.

Heft 7. Die Obdachspflicht als Grundlage der kommunalen Wohnungspolitik nach dem Kriege? Von Dr. Oskar Kürten. — Die Wohnungsfrage nach dem Kriege. Von I. F. Häuselmann. — Militär- und Kommunalbeamte. Von Dr. jur. Everling. — Milchversorgung der Städte. Von Dr. E. G. Zitzen. — Das Recht der Polizeiverordnung und polizeilichen Verfügungen.

Heft 8/9. Lehrstätten der Kommunalwissenschaft. Von Dr. Edler von Hoffmann. — Anforderungen an die deutsche Säuglingsfürsorge unter Berücksichtigung der Kriegsfolgen. Von Dr. v. Behr-Pinnow. — Hindenburgs Städteordnung. Von Bürgermeister Lackner. — Die gemeindlichen Steuersysteme in Deutschland. Von Geh. Regierungsrat Dr. Deidel. Heimstättenfrage. Von I. L. Häuselmann. — Vom Heeresersatz in Stadt und Land. Von Dr. Everling. — Rechtsprechung des Preussischen Oberverwaltungsgerichts betr. die Heranziehung der zum Kriegsdienst einberufenen Personen zu Gemeindeabgaben und Kirchensteuern.

Heft 10/11. Die gemeindlichen Steuersysteme in Deutschland. Von Geh. Regierungsrat Dr. jur. Seidel, Berlin-Friedenau (4. Aufsatz). — Die Forderung der Hypothekentilgung beim städtischen Hausbesitz durch die Sparkassen. Von Dr. Theisig, Dresden.

Der Weltmarkt. Volkswirtschaftliche Wochenschrift. Chefredakteur Dr. Nikolaus Kosa. Budapest-Wien-Berlin. Preis für die deutsche Ausgabe 24 *M* jährlich, Einzelheft 50 ₰.

Heft 2. Die Mehrproduktion und die Anbausamenfrage. Von Sigismund Schüller. Generaldirektor der Ung. Samenproduktions-A.-G. — Unsere Tarifpolitik im Import- und Exporthandel. Von Geza Zsoldos. — Die Verjüngung der Türkei und die ungarischen Interessen. Von Dr. Julius Germanus.

Heft 3. Die Erdgasfrage und die Zollunion. Von Paul v. Beöthy. — Unsere Flussschiffahrt im Import- und Exporthandel. Von Geza Zsoldos. — Die ungarisch-bulgarische Wirtschaftsverbindung. Von Dr. Moncsilow und Dr. Sacharow. — Der Aufschwung des ungarischen Getreidehandels. Von Adolf Aldor. — Ungarns wirtschaftliche Zukunft und der Krieg. Von Dr. Julius Saghy. — Unterirdische Bahnhöfe. Von Geza Bekeffy. — Der Kriegstarif der öffentlichen Lagerhäuser.

Wissen und Leben. Erscheint am 1. und 15. d. Monats. Zürich. Verlag: Art. Institut Orell Füssli. Bezugspreis für das Jahr 24 Frcs. Preis für das einzelne Heft 0.50 *M*.

Heft 10. Krieg, Frieden und Demokratie. Von Hugo Kramer. — Randbemerkungen zur neuesten Entwicklung der schweizer. Arbeiterbewegung. Von H. Müller. — Le role de la Suisse dans l'evolution des theories politiques modernes. Von Fritz Fleiner. — Englands Kriegsschuld. Von Rudolf Said-Ruete. — Im eigenen Hause. Von E. Bovet.

Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Begründet von Bruno Hildebrandt. Fortgesetzt von Johannes Conrad. Herausgegeben von Dr. Ludwig Elster, Wirkl. Geh. Oberregierungsrat in Berlin. In Verbindung mit Dr. Edgar Loening, Prof. in Halle, und Dr. H. Waentig, Prof. in Halle. 106. Band.— III. Folge, 51. Band. Jena 1916. Verlag von Gustav Fischer. Preis des Bandes 24.— *M* (6 Hefte bilden einen Band)

1. Heft. Januar 1916. Nebst volkswirtschaftlicher Chronik November 1915. Ueber Objekt, Wesen und Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft. Erster Teil: Heutige Richtungen und Objekt der Wirtschaftswissenschaft. Von Robert Liefmann. — Vom bulgarischen Wirtschaftsleben und seinen Aussichten. Von Arthur Dix. — Das Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne. Von G. Strutz. — Die amtliche Statistik und der Krieg. Von Friedrich Zahn. — Die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten. Von Herbst. — Zur künftigen Entwicklung des Arbeitsnachweises in Deutschland. Von v. Stojentin.

2. Heft. Februar 1916. Nebst volkswissenschaftlicher Chronik Dezember 1915. Ueber Objekt, Wesen und Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft. Zweiter Teil: Wesen und Aufgaben der Wirtschaftswissenschaft. Von Robert Liefmann. — Die Wiederaufnahme des Hanfbaues in Deutschland. Von W. F. Bruck. — Der Bodenwert im besetzten Nordost- und Ostfrankreich und seine Schwankungen im letzten halben Jahrhundert. Von L. Rudloff.

Weltenwende. Stimmungen, Visionen und Wirklichkeit: Eindrücke aus dem Weltkrieg. Herausgegeben von Freunden und Verehrern Meister Blümelhubers in Steyr als Verfasser. Wien 1916. Verlag Christoph Reissers Söhne. Preis 4 Kronen.

Ein Geleite. — Mensch Luzifer. — Das grosse Ringen. — Aus Sternenhöh. — Aus Weltentiefen.

Un an de journalisme ein pays occupé. Recuei d'articles parus dans la „Gazette des Ardennes“, 1. November 1914 — 31. Oktober 1915. Charleville Verlag der „Gazette des Ardennes“.

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

Abfälle-Verwertungs-A.-G., Posen, 28. 4., 20. 4., 8. 4. • Aktien-Bau-Gesellschaft Uerdingen, Uerdingen, 24. 5., 20. 5., 14. 3. • Aktien-Dampfziegelei Reitbrock bei Hamburg, Bergedorf, 17. 5., 12. 5., 18. 4. • A.-G. Bismarckshall Samswegen, Bochum, 8. 5., 5. 5., 18. 4. • A.-G. Brunnenverwaltung der Teusser Quellen, Teusser Bad b. Löwenstein, Stuttgart, 12. 5., —, 14. 4. • A.-G. Chemische Fabrik Rhenania, Aachen, Aachen, 8. 5., 4. 5., 14. 3. • A.-G. Drahtseilbahn Durlach-Turmberg in Durlach, Durlach, 6. 5., —, 13. 4. • A.-G. Dresdner Gasmotorenfabrik vorm. Moritz Hille, Dresden, Dresden, 10. 5., —, 15. 4. • A.-G. Eiswerke Hamburg, Hamburg, 29. 4., 28. 4., 12. 4. • A.-G. für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg in Westfalen, Aachen, 27. 5., 13. 5., 14. 4. • A.-G. für Bergproduktenhandel und Montanindustrie, Berlin, 5. 5., —, 14. 4. • A.-G. für Circus- u. Theaterbau, Frankfurt a. M., 13. 5., 10. 5., 15. 4. • A.-G. für Federstahl-Industrie vorm. A. Hirsch & Co., Cassel, Cassel, 10. 5., 6. 5., 13. 4. • A.-G. für Gas-, Wasser- u. Elektrizitäts-Anlagen, Berlin, 9. 5., 5. 5., 15. 4. • A.-G. für Geigenindustrie, Markneukirchen, 29. 4., 23. 4., 7. 4. • A.-G. für Kohlensäure-Industrie, Berlin, 5. 5., 1. 5., 11. 4. • A.-G. für Petroleumindustrie in Nürnberg, Nürnberg, 20. 5., 14. 5., 18. 4. • A.-G. für Verzinkerei u. Eisenkonstruktion vorm. Jacob Hilgers, Rheinbrohl, Cöln, 4. 5., 24. 4., 8. 4. • A.-G. Innungshaus Harmonie in Kiel, Kiel, 10. 5., —, 8. 4. • A.-G. Reederei Norden, Norden, 29. 4., 25. 4., 12. 4. • A.-G. Seebad Heringsdorf, Stettin, 20. 5., —, 7. 4. • A.-G. Seebad Kahlberg, Elbing, 27. 4., —, 13. 4. • A.-G. zur Erbauung billiger Wohnungen, namentlich zum Besten von Arbeitern in Worms a. Rh., Worms, 29. 4., —, 10. 4. • Aktien-Verein des Zoologischen Gartens zu Berlin, Berlin, 8. 5., —, 13. 4. • Aktien-Zuckerfabrik Sehnde, Sehnde, 4. 5., —, 12. 4. Aktien-Zuckerfabrik Watenstedt, Watenstedt, 27. 4., —, 8. 4. • Aktien-Zuckerfabrik Wismar, Wismar, 3. 5., —, 14. 4. • Aerogen A.-G. für Licht- u. Wasser, Bochum, 6. 5., —, 10. 4. • „Albingia" Hamburg-Düsseldorfer Versicherungs-A.-G. in Hamburg, Hamburg, 3. 5., 1. 5., 15. 4. • Alkaliwerke Ronnenberg in Hannover, Hannover, 13. 5., 10. 5., 17. 4. • Allgemeine Boden-A.-G., Berlin, 18. 5., 13. 5., 15. 4. • Allgemeine Treuhand-A.-G., Dresden-A., 28. 4., 25. 4., 8. 4. • Alsen'sche Portland-Cement-Fabriken, Hamburg, Hamburg, 29. 4., 25. 4., 7. 4. • Altdamm-Stahlhammer Holz-Zellstoff- u. Papierindustrie A.-G., Berlin, 29. 4., 25. 4., 13. 4. • Aluminium-Industrie-A.-G. Neuhausen (Schweiz), Zürich, 6. 5., 3. 5., 15. 4. • Annawerk, Schamotte- u. Tonwarenfabrik A.-G. vorm. J. R. Geith in Oeslau bei Coburg, Coburg, 13. 5., 10. 5., 10. 4. • Aschaffenburger Volksbank A.-G., Aschaffenburg, 8. 5., —, 12. 4.

Bank f. Bergbau u. Industrie, Berlin, 1. 5. 26. 4., 8. 4. • Bank-Verein zu Mayen, Mayen, 4. 5., 30. 4., 18. 4. • Barmer A.-G. für Besatz-Industrie vorm. Saatweber & Co., Barmen, Barmen, 6. 5., 3. 5., 17. 4. • Basler Transport-Versicherungs-Gesellschaft in Basel, Basel, 28. 4., —, 10. 4. • Basler Versicherungsgesellschaft gegen Feuerschaden in Basel, Basel, 28. 4., —, 17. 4. • Baubank für die Residenzstadt Dresden, Dresden, 4. 5., —, 14. 4. • Baumaschinenfabrik Bünger A.-G., Düsseldorf, Düsseldorf, 5. 5., 1. 5., 12. 4. • Bensberg-Gladbacher Bergwerk- u. Hütten-A.-G. Berzelius, Cöln, 11. 5., 4. 5., 8. 4. • Bergwerksgesellschaft Diergardt m. b. H., Hochemmerich a. Niederrhein, Düsseldorf, 29. 4., —, 14. 4. • Bergwerksgesellschaft Hermann m. b. H., Bork i. W., Kreis Lüdinghausen, Cöln, 19. 5., 13. 5., 17. 4. • Berliner elektrische Strassenbahnen A.-G., Berlin, 4. 5., 30. 4., 10. 4. • Berliner Holz-Comptoir, Charlottenburg, 6. 5., 4. 5., 8. 4. • Berliner Spar- u. Darlehnsverein „Nordwest" G. m. b. H., Berlin, 28. 4., —, 14. 4. • Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik Sektion VI (Iserlohn), 10. 5., —, 17. 4. • Heinrich Bock, Hutfabrik A.-G., Berlin, 20. 5., 16. 5., 11. 4. • Bonner Bürger-Verein A.-G., Bonn, 13. 5., —, 15. 4. • Borsigwalder Terrain-A.-G., Berlin, 10. 5., 3. 5., 14. 4. • Brandenburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft a. G., Brandenburg, 1. 5., —, 7. 4. • Bremer Carosserie-Werke vorm. Louis Gaertner A.-G., Bremen, 3. 5., 29. 4., 10. 4. • Breslauer Hallenschwimmbad-A.-G., Breslau, 3. 5., 2. 5., 13. 4. • Buckauer Porzellanmanufaktur A.-G. zu Magdeburg-Buckau, Buckau, 29. 4., 26. 4., 12. 4. • Bürener Portlandcementwerke A.-G., Düsseldorf, 6. 5., —, 6. 4. • Bürstenfabrik Peusberger & Co. A.-G., München, 4. 5., —, 11. 4.

Chemische Werke vorm. H. & E. Albert, Amöneburg, 15. 5., 9. 5. 17. 4. • Cöln-Lindenthaler Metallwerke A.-G., Cöln, 29. 4., 23. 4., 7. 4. • Concordia, Elektrizitäts-A.-G., Düsseldorf, Düsseldorf, 13. 5., —, 13. 4. • Consum-Geschäft für die Beamten u. Arbeiter der Portland-Cementfabrik Hemmoor (Oste), Hamburg, 27. 4., 23. 4., 8. 4. • Cramer'sche Mühlen A.-G., Schweinfurt, 8. 5., —, 14. 4.

Danziger Sparkassen-Aktien-Verein, Danzig, 6. 5., —, 12. 4. • Dessauer Strassenbahn-Gesellschaft, Dessau, 6. 5., 26. 4., 31. 3. • Deutsche Asphalt-A.-G. der Limmer u. Vorwohler Grubenfelder, Hannover, Hannover, 29. 4., 27. 4., 7. 4. • Deutsche Erdöl-A.-G. zu Berlin, Berlin, 3. 5., 29. 4., 12. 4. • Deutsche Futterstoff-Fabrik Abt. Kiel A.-G., Gaarden, Kiel, 28. 4., —, 8. 4. • Deutsche Garvin-Maschinenfabrik A.-G. i. L., Berlin, 12. 5., 1. 5., 13. 4. • Deutsche Güterbank e. G. m. b. H., Berlin, 30.4., —, 15. 4. • Deutsche Kabelwerke A.-G., Berlin, 6. 5., 4. 5., 4. 4. • Deutsche Lebensversicherungsgesellschaft in Lübeck, Lübeck, 5. 5., —, 17. 4. • Deutsche Maschinenfabrif A.-G., Duisburg, Duisburg, 29. 4., 26. 4., 10. 4. • Deutsche Nähmaschinenfabrik A.-G., Brandenburg a. H., 6. 5., —, 13. 4. • Deutsche Seeversicherungs-Gesellschaft von 1914 A.-G., Berlin, 27. 4., —, 10. 4. • Deutsche Steinwerke C. Vetter A.-G., Berlin, Würzburg, 13. 5., 9. 5., 10. 4. • Deutsche Steinzeugwaarenfabrik für Canalisation u. Chemische Industrie in Friedrichsfeld in Baden, Friedrichsfeld, 6. 5., 3. 5., 6. 3. • Deutsche Volksbank Kattowitz e. G. m. b. H., Kattowitz, 4. 5., —, 17. 4. • Deutsche Waffen- u. Munitionsfabriken, Berlin, 3. 5., 29. 4., 12. 4. • Deutsche Wollentfettung A.-G., Oberheinsdorf, Reichenbach i. V., 6. 5., —, 12. 4. • Deutscher Kurier A.-G., Berlin, 2. 5., 28. 4., 8. 4. • „Domus" Grundstücks-A.-G., Berlin, 27. 4., —, 8. 4. • Duisburger gemeinnützige Baugesellschaft, Duisburg, 6. 5., —, 13. 4. • Duisburger Maschinenbau-A.-G. vorm. Bechem & Keetmann i. L., Duisburg, 29. 4., —, 10. 4. • Dürener Metallwerke A.-G., Berlin, 3. 5., 29. 4., 12. 4. • Düsseldorf-Ratinger Röhrenkesselfabrik vorm. Dürr & Co. in Ratingen bei Düsseldorf, Düsseldorf, 6. 5., 30. 4., 8. 4.

Ein- und Verkaufsgenossenschaft der Motorfahrzeugbesitzer Gross-Berlins e. G. m. b. H., Berlin, 26. 4., —, 15. 4. • Eisengiesserei Landau Gebr. Bauss A.-G., Landau/Pfalz, 8. 5., 2. 5., 10. 4. • Eisenhütte Silesia A.-G., Paruschowitz bei Rybnik O.-S., Gleiwitz, 3. 5., 27. 4., 7. 4. • Eisenwerk

L. Meyer jun. & Co. A.-G. zu Harzgerode, Berlin, 6. 5., 3. 5., 13. 4. ● Eisenwerk München A.-G. vorm. Kiessling — C. Moradelli i. L., Meiningen, 4. 5., 30. 4., 13. 4. ● Elektrizitätswerke-Betriebs-A.-G. in Riesa, Dresden, 10. 5., 4. 5., 10. 4. ● Elsässische Druckerei u. Verlagsanstalt A.-G., Strassburg, Strassburg, 16. 5., 12. 5., 17. 4. ● Emmericher Creditbank, Emmerich, 29. 4., —, 11. 4. ● Carl Ernst & Co. A.-G., Berlin, Berlin, 27. 4., 25. 4., 7. 4. ● Erzgebirgischer Steinkohlen-Actien-Verein in Schedewitz b. Zwickau, Zwickau, 27. 4., —, 7. 4.

Fahrzeugfabrik Eisenach, Eisenach, 11. 5., —, 12. 4. ● Farbwerk Mühlheim vorm. A. Leonhardt & Co. in Mühlheim a. Main, Frankfurt a. M., 30. 5., 26. 5., 14. 4. ● Feuerversicherungs-Gesellschaft a. G. für das Fürstentum Ratzeburg zu Schönberg (Meckl.) gegründet 1831, Schönberg, 13. 5., —, 17. 4. ● Frankfurter Allgemeine Versicherungs-A.-G. in Frankfurt a. M., Frankfurt a. M., 29. 4., 25. 4., 12. 4. ● Frankfurter Maschinenbau-A.-G. vorm. Pokorny & Wittekind, Frankfurt a. M., Frankfurt a. M., 4. 5., 1. 5., 12. 4. ● Fränkisches Ueberlandwerk A.-G. Nürnberg, Nürnberg, 13. 5., 7. 5., 7. 4. ● R. Frister A.-G., Berlin, 3. 5., 30. 4., 12. 4.

Gebrüder Goedhart A.-G., Düsseldorf, Düsseldorf, 8. 5., 4. 5., 12. 4. ● Gebr. Hörmann A.-G., Dresden, 13. 5., 11. 5., 14. 4. ● Gehe & Co. A.-G., Dresden, 22. 5., 17. 5., 12. 4. ● Germania A.-G. für Verlag u. Druckerei, Berlin, 4. 5., —, 11. 4. ● Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Berlin, Berlin, 9. 5., 5. 5., 17. 4. ● Gesellschaft für Linde's Eismaschinen A.-G. in Wiesbaden, Wiesbaden, 29. 4., 24. 4., 14. 4. ● Gewerbebank in Goch, Goch, 8. 5., —, 10. 4. ● Giesserei Sugg & Co. A.-G., München, München, 3. 5., —, 11. 4. ● Johs. Girmes & Co., Oedt/Rheinland, Oedt, 28. 4., 24. 4., 8. 4. ● August Gottlieb, Jute-Spinnerei, Weberei u. Seilerwarenfabrik A.-G., Hersfeld, 6. 5., 5. 5., 14. 4. ● Grosse Drei-Aehren-Hotels-A.-G., Mülhausen, 29. 4., 25. 4., 11. 4. ● Grohner Wandplatten-Fabrik A.-G., Grohn, Bremen, 29. 4., 25. 4., 8. 4. ● Grube Leopold bei Edderitz A.-G., Berlin, 29. 4., 25. 4., 8. 4. ● Grün & Bilfinger A.-G., Mannheim, Mannheim, 10. 5., 7. 5., 17. 4. ● Gummiwerke „Elbe" A.-G., Piesteritz (Elbe), 29. 4., —, 14. 4.

Haftpflichtverband Rheinisch-Westfälischer Gemeinden, Versicherungsverein a. G. in Cöln, Münster i. W., 13. 5., —, 10. 4. ● Hageda, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m. b. H., Berlin, Berlin, 28. 4., —, 12. 4. ● „Halensia", Versicherungsgesellschaft a. G. zu Halle a. S., Halle a. S., 29. 4., —, 12. 4. ● Hannover'sche Papierfabriken Alfeld-Gronau vorm. Gebr. Woge, Hannover, 2. 5., 28. 4., 12. 4. ● Heddernheimer Kupferwerk und Süddeutsche Kabelwerke A.-G., Frankfurt a. M., 9. 5., 3. 5., 12. 4. ● Heidelberger Strassen- u. Bergbahn-A.-G., Heidelberg, 8. 5., 4. 5., 8. 4. ● Hein, Lehmann & Co. A.-G. Eisenkonstruktionen, Brücken- u. Signalbau, Berlin-Reinickendorf u. Düsseldorf-Oberbilk, Reinickendorf, 28. 4., 25. 4., 7. 4. ● Otto Henning A.-G., Greiz, 27. 4., —, 10. 4. ● Hessische Bank i. L., Darmstadt, 29. 4., —, 10. 4. ● Otto Hetzer Holzpflege u. Holzbearbeitung A.-G., Weimar, 29. 4., 26. 4., 7. 4. ● Hilfskasse für Post- u. Telegraphenbeamte (Verein a. G.) in Berlin, Berlin, 20. 5., —, 8. 4. ● Hilfsverein für Berufsarbeiter der Inneren Mission, Berlin, 15. 5., —, 3. 4. ● Hoettger-Waldthausen-A.-G., Berlin, Berlin, 29. 4., 26. 4., 10. 4. ● Hotel A.-G. Sächsischer Hof i. L. in Meiningen, Meiningen, 4. 5., —, 19. 4.

Immobilien-Verkehrsbank, Berlin, 30. 5., 26. 5., 15. 4., ● Industrie-Gesellschaft für Schappe in Basel, Basel, 3. 5., 28. 4., 17. 4. ● Internationale Bank in Luxemburg, Luxemburg, 15. 5., —, 10. 4. ● Internationale Unfallversicherungs-A.-G., Wien, Wien, 6. 5., 28. 4., 14. 4.

Kaiser-Keller A.-G., Berlin, Berlin, 4. 5., 1. 5., 10. 4. ● Kaliwerk Steinförde A.-G., Hannover, 6. 5., 1. 5., 10. 4. ● Kaliwerke Grossherzog von Sachsen, A.-G., Cöln, 5. 5., 30. 4., 13. 4. ● Kleinbahn-A.-G. Höchst-Königstein-Frankfurt a. M., Frankfurt a. M., 5. 5., 3. 5., 10. 4. ● Kleinbahn Cassel-Naumburg A.-G., Cassel, Cassel, 4. 5., 2. 5., 7. 4. ● Kochs Adlernähmaschinenwerke A.-G. in Bielefeld, Bielefeld, 6. 5., 2. 5., 13. 4. ● Kolonialkriegerdank e. V., Berlin, 30. 4., —, 14. 4. ● Kölnische Unfall-Versicherungs-A.-G., Cöln, 19. 5., 15. 5., 17. 4. ● Gebr. Körting A.-G., Linden b. Hannover, Hannover, 2. 5., 27. 4., 8. 4. ● Krefelder Stahlwerk A.-G. zu Fischeln bei Krefeld, Crefeld, 8. 5., 3. 5., 13. 4. ● „Kronprinz", A.-G. für Metallindustrie, Ohligs, Elberfeld, 3. 5., 26. 4., 12. 4. ● Kühn, Bierhaus & Cie. A.-G., Rheydt, Düsseldorf, 29. 4., 25. 4., 7. 4. ● Kunstmühle Bobingen, Augsburg, 15. 5., —, 10. 4.

Landwirtschaftliche Feuer - Versicherungs - Genossenschaft im Königreich Sachsen zu Dresden, Dresden, 6. 5., —, 10. 4. ● Laupheimer Werkzeugfabrik vorm. Jos. Steiner & Söhne, Stuttgart, 10. 5., 8. 5., 15. 4. ● Leipziger Buchdruckerei A.-G., Leipzig, 27. 4., —, 11. 4. ● Leipziger Luftschiffhafen- u. Flugplatz-A.-G., Leipzig, 2. 5., 28. 4., 12. 4. ● Leipziger Palmengarten, Leipzig, 29. 4., —, 13. 4. ● „Leo" Volksversicherungsbank a. G. Cöln a. Rhein, Cöln, 28. 5., —, 3. 4. ● Lippische Elektrizitäts-A.-G., Detmold, 10. 5., 4. 5., 14. 4. ● Lübeck-Bremer Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Lübeck, 28. 4., —, 8. 4.

Magdeburger Bau- u. Credit-Bank, Magdeburg, 16. 5., 12. 5., 18. 4. ● C. D. Magirus A.-G. in Ulm a. d. D., Ulm, 6. 5., 3. 5., 14. 4. ● Mannheimer Milchzentrale, Mannheim, 2. 5., 28. 4., 8. 4. ● Maschinenfabrik Esslingen, Stuttgart, 29. 4., 24. 4., 10. 4. ● Maschinenfabrik Germania vorm. J. S. Schwalbe & Sohn, Chemnitz, Chemnitz, 4. 5., 30. 4., 12. 4. ● Massener Ringofen-Ziegelei A.-G. Unna i. W., Unna-Königsborn, 27. 4., —, 8. 4. ● Mayener Bürgerverein A.-G., Mayen, 7. 5., —, 12. 4. ● Mechanische Jute-Spinnerei u. Weberei in Bonn, Frankfurt a. M., 4. 5., 1. 5., 13. 4. ● Mecklenburgische Ansiedlungs - Gesellschaft A. - G. zu Schwerin, Schwerin, 20. 5., —, 10. 4. ● Mecklenburgische Lebensversicherungsbank a. G. in Schwerin, Schwerin, 20. 5., —, 17. 4. ● Meess & Nees A.-G. für Beton- u. Eisenbetonbauten in Hoch- u. Tiefbau i. L., Karlsruhe, Karlsruhe, 8. 5., 2. 5., 8. 4. ● Meinerser Okermühle A.-G., Meinersen, Hannover, 4. 5., 3. 5., 15. 4. ● Meininger Bade- u. Dampfwasch-Anstalt A.-G., Meiningen, 4. 5., —, 12. 4. ● Merklinder Ziegelei A.-G. vorm. J. H. Köddewig, Merklinde, 6. 5., —, 7. 4. ● Misburger Portland-Cement-Fabrik Kronsberg A.-G. in Hannover, Hannover, 29. 4., 27. 4., 10. 4. ● Mitteldeutsche Hartstein-Industrie-A.-G., Frankfurt a. M., 13. 5., 9. 5., 18. 4. ● Mitteldeutsche Spiegelglaswerke G. m. b. H., Brand-Erbisdorf i. Sa., Dresden, 1. 5., —, 15. 4. ● Motorboots-A.-G. Kalkberge, Kalkberge, 15. 5., —, 15. 4. ● Mühlen-Versicherungs-Gesellschaft a. G. zu Osnabrück, Osnabrück, 18. 5., —, 10. 4. ● Mülheimer Bergwerks-Verein, Mülheim-Ruhr, Mülheim, 11. 5., 4. 5., 17. 4.

Neckardampfschiffahrt A.-G., Heilbronn, 28. 4., —, 8. 4. ● Nestlé & Anglo-Swiss Condenfed Milk Co', Cham e Vevey, Schweiz, Cham, 29. 4., 26. 4., 17. 4. ● Neue Dampfer-Compagnie, Stettin, 28. 4., 24. 4., 18. 4. ● Niederrheinische A.-G. für Lederfabrikation (vorm. S. Spier), Wickrath, Wickrath, 10. 5., 6. 5., 17. 4. ● Norddeutsche Cellulosefabrik A.-G., Königsberg/Pr., Königsberg/Pr., 27. 4., 22. 4., 7. 4. ● Norddeutsche Handelsbank A.-G., Geestemünde, 5. 5., 2. 5., 12. 4. ● Norddeutsche Kohlen- u. Cokes-Werke A.-G., Hamburg, Hamburg, 29. 4.,

26. 4., 14. 4. ● Norddeutsche Portland-Cementfabrik Misburg i. Hannover, Hannover, 29. 4., 26. 4., 10. 4. ● Norddeutsche Wollkämmerei u. Kammgarnspinnerei, Bremen, Bremen, 28. 4., 25. 4., 7. 4. ● Nordöstliche Eisen- u. Stahlberufsgenossenschaft Sektion I, Berlin, 26. 5., —, 15. 4.

Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-A.-G., Gleiwitz, 2. 5., 26. 4., 8. 4. Oberstein-Idarer Elektrizitäts-A.-G., Idar, Oberstein, 13. 5., 7. 5., 7. 4. ● Odenkirchener Aktien-Bau-Gesellschaft, Odenkirchen, 3. 5., —, 8. 4. ● Oelwerke Stern-Sonneborn A.-G., Hamburg, 29. 4., 26. 4., 8. 4. ● Optische Werke A.-G. vorm. Carl Schütz & Co., Cassel, Cassel, 18. 5., 14. 5., 18. 4. ● Ostbank für Handel u. Gewerbe, Posen, Posen, 27. 4., 20. 4., 15. 4. ● Ostpreussische Druckerei und Verlagsanstalt A.-G., Königsberg, 29. 4., 26. 4., 10. 4.

Papierfabrik Wolfegg A.-G., Ulm, 29. 4., —, 14. 4. ● Pfälzische Chamotte- u. Tonwerke (Schiffer & Kircher) A.-G., Grünstadt/Pfalz, Grünstadt, 10. 5., 5. 5., 13. 4. ● Pfälzischer Viehversicherungs-Verein a. G., Speyer, Speyer, 29. 4., —, 12. 4. ● „Phönix" A.-G. für Herd- u. Ofen-Industrie, Oberhausen, Berlin, 3. 5., 29. 4., 13. 4. ● Planiawerke A.-G. für Kohlenfabrikation, Ratibor O./S., Berlin, 29. 4., 26. 4., 10. 4. ● Plantor-A.-G. für Platten-Sprechmaschinen, Berlin, 13. 5., 9. 5., 13. 4. ● Pommersche Eisengiesserei u. Maschinenfabrik A.-G., Stralsund-Barth, Stralsund, 27. 5., 23. 5., 17. 4. ● Portland-Cementfabrik Hemmoor, Hannover, 29. 4., 26. 4., 11. 4. ● Portland-Cementwerk Burglengenfeld A.-G., Heidelberg, 29. 4., 25. 4., 10. 4. ● Porzellanfabrik Kahla, Meiningen, 1. 5., 27. 4., 10. 4. ● Porzellanfabrik Rauenstein vorm. Fr. Cr. Greiner & Söhne A.-G., Meiningen, 2. 5., 28. 4., 12. 4. ● Porzellanfabrik zu Kloster Veilsdorf, Meiningen, 2. 5., 28. 4., 8. 4. ● Preussische National-Versicherungs-Gesellschaft zu Stettin, Stettin, 29. 4., 28. 4., 13. 4. ● Preussische Rückversicherungs-A.-G. in Frankfurt a. M., Frankfurt a. M., 29. 4., —, 12. 4. ● Prignitzer Viehversicherungs-Gesellschaft a. G. in Wittenberge, Wittenberge, 29. 4., —, 12. 4. ● Privatbank A.-G. i. L., Haderlsleben, 8. 5., —, —, 12. 4.

Recklinghäuser Brauerei A.-G. zu Recklinghausen, Recklinghausen, 15. 5., 11. 5., 13. 4. ● Reichsverband zur Unterstützung deutscher Veteranen (E. V.), Berlin, 15. 5., —, 17. 4. ● Friedrich Richter & Co. A.-G., Rathenow, Rathenow, 6. 5., 3. 5., 8. 4. ● J. C. Richter A.-G., Leipzig, Leipzig, 6. 5., 2. 5., 10. 4. ● Riquet & Co., A.-G., Leipzig, 5. 5., 3. 5., 10. 4. ● Rheinisch-Westfälische Kupferwerke A.-G. in Olpe, Cöln, 6. 5., 1. 5., 11. 4. ● Rütgerswerke A.-G., Berlin, Berlin, 29. 4., 26. 4., 10. 4.

Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Dresden, 6. 5., 3. 5., 8. 4. ● Sächsisch-Thüringische A.-G. für Licht- u. Kraftanlagen i. L., Erfurt, Erfurt, 2. 5., 28. 4. 8. 4. ● Sächsische Handelsbank i. L., Dresden, 16. 5., 10. 5., 18. 4. ● Sächsische Kunstweberei Claviez A.-G., Leipzig, 27. 4., —, 7. 4. ● Sächsische Tüllfabrik A.-G., Chemnitz-Kappel, Chemnitz, 8. 5., 29. 4., 10. 4. ● Sanitas A.-G. in Hamburg, Hamburg, 2. 5., 27. 4., 8. 4. ● Sektion IX der Lagerei-Berufsgenossenschaft, Leipzig, 10. 5., —, 8. 4. ● Sociedad Anónima Técnica y Comercial antes Geiger, Zublin y Compañia, Limitada, Buenos-Aires-München, Buenos Aires, 28. 4., 24. 4., 12. 4. ● Spinnerei A.-G. vorm. Joh. Friedr. Klauser, M.-Gladbach, M.-Gladbach, 20. 5., 14. 5., 17. 4. ● Sprengstoffwerke Glückauf A.-G., Hamburg, Bochum i. W., 28. 4., 25. 4., 11. 4. ● Süddeutsche Baumwolle-Industrie in Kuchen, Stuttgart, 6. 5., 1. 5., 10. 4.

Schlesische Dampfer-Compagnie A.-G., Berlin, 8. 5., 4. 5., 14. 4. ● Schlesische Feuerversicherungs-Gesellschaft, Breslau, 1. 5., 27. 4., 7. 4. ● Schleswig-Holsteinische Bank in Husum, Husum, 13. 5., 12. 5., 11. 4. ● Dr. C. Schleussner A.-G. in Frankfurt a. M., Frankfurt a. M., 12. 5., 8. 4., 7. 4. ● Schraubenspundfabrik Wm. Kromer A.-G., Freiburg i. Brg., 5. 5., 3. 5., 14. 4. ● Schriftgiesserei D. Stempel A.-G., Frankfurt a. M., Frankfurt a. M., 9. 5., 5. 5., 11. 4. ● Fritz Schulz jun. A.-G., Leipzig, Leipzig, 8. 5., 4. 5., 10. 4. ● Schützenpark A.-G., Harburg/E., 27. 4., —, 8. 4. ● Schutzvereinigung der Obligationäre G. m. b. H., Berlin, 29. 4., —, 17. 4. ● Schweizerische Gasgesellschaft A.-G., Glarus, Zürich, 28. 4., 27. 4., 12. 4.

Steinkohlenbergwerk Friedrich Heinrich A.-G., Lintfort Kreis Mörs, (Rheinland), Düsseldorf, 9. 5., —, 4. 4. ● Steinkohlenbergwerk Gewerkschaft Diergardt Hochemmerich a. Niederrhein, Düsseldorf, 29. 4., —, 14. 4. ● Steinkohlenbergwerk Gewerkschaft Diergardt II Hochemmerich a. Niederrhein, Düsseldorf, 29. 4., —, 14. 4. ● Stettiner Rückversicherungs-A.-G., Stettin, 29. 4., —, 14. 4. ● Strassenbahn-A.-G. „Norderney", Norden, 28. 4., 27. 4., 10. 4. ● F. W. Strobel A.-G. in Chemnitz, Chemnitz, 6. 5., 2. 5., 1. 4. ● Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. (Alte Stuttgarter), Stuttgart, 26. 5., —, 13. 4.

Teisnacher Papierfabrik A.-G., Teisnach, Niederbayern, Teisnach, 10. 5., 7. 5., 15. 4. ● Teltower Boden-A.-G., Berlin, 5. 5., 2. 5., 8. 4. ● Terrain-A.-G. Kleinburg, Breslau, 1. 5., 28. 4., 11. 4. ● Terrain-A.-G. Park Witzleben i. L., Berlin, 8. 5., 2. 5., 11. 4. ● Terraingesellschaft Berlin-Nordost, Berlin, 8. 5., 4. 5., 29. 3. ● Theumaer Plattenbrüche A.-G., Plauen i. V., 6. 5., 2. 5., 10. 4. ● Thüringische Glas-Instrumenten-Fabrik Alt, Eberhardt & Jäger A.-G. in Ilmenau, Ilmenau, 28. 4., 25. 4., 8. 4. ● Tilsiter Dampfer-Verein A.-G., Tilsit, 2. 5., 28. 4., 11. 4. ● Triptis A.-G., Dresden, 1. 5., 25. 4., 7. 4. ● Trugfrei, Verlags-A.-G., Berlin, 8. 5., —, 13. 4.

„Union" A.-G. für See- u. Flussversicherungen in Stettin, Stettin 28. 4., —, 11. 4. ● Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart, Stuttgart, 13. 5., 10. 5., 18. 4. ● Unterstützungsverein der Berufsarbeiterinnen der Inneren Mission, Berlin, 6. 5., —, 12. 4.

Vereinigte Kammerich' und Belter & Schneevogl'sche Werke A.-G., Berlin, 6. 5., 3. 5., 13. 4. ● Vereinigte Thüringische Salinen vorm. Glenck'sche Salinen A.-G., Meiningen, 3. 5., 29. 4., 8. 4. ● Vereinigte Kunstinstitute A.-G. vorm. Otto Troitzsch, Berlin-Schöneberg, 9. 5., 5. 5., 17. 4. ● Vereinshaus Deutscher Apotheker G. m. b. H., Berlin, 28. 4., —, 12. 4. ● Versicherungsverband Deutscher Eisenbahnen u. Kleinbahnen zu Berlin (Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit), Berlin, 6. 5., —, 8. 4. ● Vigogne-Aktien-Spinnerei Werdau, Leubnitz-Werdau, 28. 4., —, 11. 4. ● Vorschuss- u. Sparbank Wildeshausen, Wildeshausen, 4. 5., —, 15. 4.

Waffenfabrik Mauser A.-G., Berlin, 3. 5., 29. 4., 17. 4. ● Walther & Cie. A.-G., Cöln-Delbrück, Cöln, 16. 5., 11. 5., 8. 4. ● Ernst Wasmuth, Architekturverlag, Architekturbuchhandlung und Kunstanstalten A.-G., Berlin, Berlin, 12. 5., 9. 5., 17. 4. ● Victor Weibel A.-G., Kaysersberg, Kaysersberg, 6. 5., —, 17. 4. ● A. Wernicke Maschinenbau-A.-G. i. L., Halle a. S., 6. 5., 29. 4., 4. 4. ● Westfälische Stanz- u. Emaillirwerke A.-G. vorm. J. & H. Kerkmann, Ahlen/Westf., 29. 4., 24. 4., 8. 4. ● Württembergische Metallwarenfabrik in Geislingen, Geislingen, 12. 5., 2. 5., 17. 4. ● Wurzener Teppichfabrik A.-G., Dresden, 8. 5., —, 18. 4.

Zoologische Gesellschaft in Hamburg, Hamburg, 27. 4., —, 8. 4. ● „Zum Herzog Christoph", evang. Vereinsgasthaus, Stuttgart, Stuttgart, 2. 5., —, 14. 4.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: M. Rönner in Berlin-Schöneberg

Bekanntmachung.

Die Zwischenscheine für die **5% Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches von 1915 (III. Kriegsanleihe)** können vom

1. Mai d. J. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsschenscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstrasse 22,** statt. Ausserdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum **22. August d. J.** die kostenfreie Vermittlung des Umtausches.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen. Formulare zu den Nummernverzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine in der **rechten** Ecke **oberhalb** der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen. [6428

Berlin, im April 1916.

Reichsbank-Direktorium.
Havenstein. v. Grimm.

Württembergische Vereinsbank
in Stuttgart. [6425

Bilanz auf 31. Dezember 1915 (Zentrale und Zweiganstalten).

Aktiva.	M.	Pf
Kasse, fremde Geldsorten, Edelmetall u. Coupons	2 944 088	46
Wechsel	64 435 783	33
Effekten	11 338 466	08
Guthaben bei Bankiers und Banken	41 646 222	06
Konsortial-Beteiligungen	1 353 873	87
Debitoren	51 404 146	38
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen	6 900 072	16
Hypotheken-Forderungen	43 139 596	40
Mobilien	1	—
Immobilien	3 055 876	76
	226 218 126	50
Ausserdem: Aval- und Bürgschaftsdebitoren	9 570 472	85

Passiva.	M.	Pf
Aktien-Kapital	40 000 000	—
Ordentliche Reserve	8 400 000	—
Ausserordentliche Reserve	6 100 000	—
Akzepte	12 309 938	22
Kreditoren	110 931 431	03
Hypotheken-Pfandbriefe im Umlauf	42 797 901	89
Talonsteuer-Reserve	316 703	80
Dividenden, rückständig	11 497	—
Hypotheken-Pfandbrief-Coupons, rückständig	82 283	80
Pensionsfonds für die Beamten	1 115 207	53
Gewinn- und Verlust-Konto	4 153 163	23
	226 218 126	50
Ausserdem: Aval- u. Bürgschaftsverpflichtungen	9 570 472	85

Gewinn- und Verlust-Konto auf 31. Dezember 1915.

	Soll. M.	Soll. Pf	Haben. M.	Haben. Pf
Vortrag vom Vorjahr			984 407	45
Coupons- und Sorten-Konto			51 709	08
Wechsel-Konto			1 949 539	02
Effekten- und Konsortial-Konto			385 034	94
Zinsen-Konto			1 583 722	78
Provisions-Konto			1 218 455	95
Hypotheken-Gewinn- u. Verlust-Konto			267 292	26
Ausgleichs-Kto. „Württ. Bankanstalt"			3 593	70
Unkosten-Konto	1 746 801	52		
Steuer-Konto	543 790	43		
Reingewinn	4 153 163	23		
	6 443 755	18	6 443 755	18

Deutsche Ton- & Steinzeug-Werke Aktiengesellschaft.

Bilanz per 31. Dezember 1915.

Aktiva.	M.	Pf
Grundst. u. Geb.	3137275	76
Grundst. Charlbg. Berlinerstr. 23	603378	37
Grundst. Sophie-Charl.-St. 5.	78075	53
Grundst. Lichtbg.	82654	65
Arb.-Wohnh.-Kt.	86160	33
Normalspurb.-Kt.	76270	30
Tonindst.-Masch. u.Utensilien-Kto	360249	85
Neue Förd.-Anlg.	1	—
Effekten-Konto.	2894945	38
Kassa-Konto	19667	77
Wechsel-Konto	26516	17
Kautions-Konto	2729	—
Kto. f. vorausbez. Feuervers.präm.	18702	85
Kto.-Korrent-Kto.	2249437	73
Wirtsch.-u. Fuhrwerks-Inv.-Kto.	1	—
Modelle-Konto.	1	—
Pferde-Eisenb.-K.	1	—
Patente-Konto	1	—
Tongew.recht-Kt	1	—
Inventur-Konto	1314058	16
Aval-Hyp.-Kto. 1112500.—		
	10950127	85

Passiva.	M.	Pf
Aktien-Kapital-K.	7000000	—
Prioritäts-Pfandb.	600	—
Partial-Obligat.-K	587000	—
Partial-Obligat. Amortisat.-Kto.	1575	—
Reservefonds I.	708701	54
Reservefonds II	550000	—
Hypoth.-Schulden	474200	—
Dividenden-Kto	1310	—
Kupons-Konto	5868	25
Delkredere-Kto	25000	—
Kto.-Korrent-Kto.	625945	99
Aval-Hyp.-Kto. 1112500.—		
Gew.- u. Verlust 1116893.85 ·/. Abschreib. 146966.78	969927	07
6426]	10950127	85

Die auf **9%** festgesetzte **Dividende** gelangt **sofort** zur Auszahlung, und zwar in **Berlin** bei der **Berliner Handels-Gesellschaft,** der **Dresdner Bank** und dem Bankhause **Arons & Walter,** in **Breslau** bei dem Bankhause **G. v. Pachaly's Enkel,** und der **Dresdner Bank Filiale Breslau,** in **Dresden** bei dem Bankhause **Gebr. Arnhold,** sowie in **Charlottenburg** und **Münsterberg i. Schl.** bei den **Gesellschaftskassen.**

Charlottenbg., 18. April 1916.

Der Vorstand.
N. Jungeblut. Adolf Pohl.

Bilanz-Konto pro 1915.

Aktiva.	M.	Pf
Grundstücks-Konto	1440000	—
Straß.-Amel.-Konto	843894	68
Hypotheken-Konto	343134	70
Hausk. Platanenstr.	28777	50
Grundstücks-Kto. II	58923	40
Inventar-Konto.	1	—
Effekten-Konto	8300	—
Bar-Depôt b.d.Gem. Nied.-Schönhausen	26149	26
Debitoren	19500	—
Bankguthaben	36294	—
Kassa-Konto	3107	39
Gewinn- u. Verlust-Kto. Vertust 1915 M. 27583.19 Vortrag a. 1.1.15. M. 17994.36	9588	91
	2817670	84

Passiva.	M.	Pf
Aktien-Kapital-Kto.	2100000	—
Grundst.-Amort.-K.	452653	—
Straß.-Amel.-Konto	239322	92
Reservefonds-Kto.	11394	92
Kreditoren	8000	—
Talon-Reserve-Kto.	6300	—
6417]	2817670	84

Berlin, den 31. Dezember 1915.

Terrain-Aktien-Gesellschaft Nieder-Schönhausen.
Alfred Breslauer. Hugo Cahn.

„Adler"

Deutsche Portland-Cement-Fabrik Actien-Gesellschaft.

Bilanz-Konto per 31. Dez. 1915.

Aktiva.	M.	Pf
Grundstücks-Kto.	481 000	—
Grundstücks-und Gebäude-Kto.	445 000	—
Geb.- u.Oefen-K.	5 040 800	—
Neubauten	290 184	08
Maschin.u.Invent.	2 278 505	—
Neuanlagen	492 000	—
Inventarbestand.	730 364	10
Kassa-Konto	20 510	80
Konto-Korrent-Konto, Debitores	692 099	14
Effekten-Konto	534 578	59
Assekuranz-Kto.	32 519	38
Zementzentrale	19 000	—
	11 056 561	09

Passiva.	M.	Pf
Aktien-Kapital-K.	5 500 000	—
Reservefds.-Kto.	1 216 809	97
Konto-Korrent-Reserve-Konto	20 000	—
Erneuer.-Fds.-K.	20 000	—
Arb.-Unterst.-K.	24 336	06
Beamt.-Pens.-K.	60 354	88
Obligations-Kto.	2 270 210	—
Oblig.-Zins.-Kto.	51 705	—
Dividenden-Kto.	2 340	—
Konto-Korrent-Konto, Kreditor.	1 175 293	99
Kaut.-Wechsel-K	19 000	—
Wehrbeitr.-Steuer	4 185	—
Saldo-Gewinn	692 326	19
6415]	11 056 561	09

DRESDNER BANK

Bilanz per 31. Dezember 1915.

Aktiva.	M.	Pf	M.	Pf
Kasse, fremde Geldsort. u. Kup.			43 477 701	45
Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken			96 405 414	85
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen . . .			353 086 269	45
a) Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen d. Reichs und der Bundesstaaten . .	353 086 269	45		
b) eigene Akzepte	—			
c) eigene Ziehungen	—			
d) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank . . .	—			
Nostroguth. b. Bank u. Bankfirm.			65 886 918	50
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere			149 531 807	70
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen . .			7 925 427	80
davon am Bilanztage gedeckt				
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine	6 414 608	60		
b) durch andere Sicherheiten	222 130	70		
Eigene Wertpapiere			65 041 476	65
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen d. Reichs und der Bundesstaaten . .	33 487 367	75		
b) sonstige bei d. Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpap.	3 347 525	45		
c) sonst. börsengäng. Wertpap.	24 909 401	65		
d) sonstige Wertpapiere . .	3 297 181	80		
Konsortialbeteiligungen . . .			59 616 025	70
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken u. Bankfirmen			38 505 142	30
Debitoren in lauf. Rechnung .			648 711 151	05
a) gedeckte	477 336 868	15		
b) ungedeckte	171 374 282	90		
ausserdem Aval- u. Bürgschaftsdebitoren M. 73 678 596.95				
Bankgebäude			31 014 243	75
Sonstige Immobilien			1 855 521	40
Mobilien-Konto			183 647	20
Pensions-Fonds-Effekten-Kto. .			4 571 756	65
Effekten-K. d. König-Friedrich-August-Stiftung			100 091	95
Effekten-Konto der Georg-Arnstaedt-Stiftung			146 850	—
Saldo d. Zentr. u. auswärt. Abteil. mit uns. Niederlass. in London			10 796 455	05
			1 576 855 901	45

Passiva.	M.	Pf	M.	Pf
Aktien-Kapital-Konto . . .			200 000 000	—
Reserve-Fonds-Konto . . .			51 000 000	—
Reserve-Fonds-Konto B . .			10 000 000	—
Talonsteuer-Reserve-Konto .			840 000	—
Kreditoren				
a) Nostroverpflichtungen . .			495 935	05
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite .			2 719 860	—
c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen			81 832 697	20
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung			416 004 013	15
1. innerhalb 7 Tagen fällig	257 691 377	75		
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig . . .	104 342 982	15		
3. nach 3 Monaten fällig .	53 969 653	25		
e) sonstige Kreditoren . . .			691 748 967	40
1. innerhalb 7 Tagen fällig	427 242 471	40		
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig . . .	228 386 192	40		
3. nach 3 Monaten fällig .	36 120 303	60		
Akzepte und Schecks . . .			92 313 793	40
a) Akzepte	88 997 362	95		
b) noch nicht eingelöste Schecks	3 316 430	45		
Außerdem Aval- und Bürgschaftsverpflicht. . M. 73 678 596.95				
Eigene Ziehungen . „ —				
davon für Rechnung Dritter . „ —				
Weiterbegeb. Solawechsel d. Kunden a. die Order der Bank . „ —				
Dividenden-Konto			116 052	—
Pensions-Fonds-Konto . . .			4 543 899	75
König-Friedrich-August-Stiftung			111 254	65
Georg-Arnstaedt-Stiftung . .			150 812	90
Reingewinn			24 978 615	75
			1 576 855 901	45

Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1915.

Verlust.	M.	Pf	M.	Pf
Handlungs-Unkosten-Konto .			13 878 037	25
Steuern			2 317 036	90
Reingewinn			24 978 615	95
			41 173 690	10

[6409]

Dresden, d. 31. Dez. 1915.

Gewinn.	M.	Pf	M.	Pf
Vortrag von 1914			476 588	50
Sorten- und Kupons-Konto .			788 693	95
Wechsel- und Zinsen-Konto .			25 927 019	40
Provisions-Konto			12 940 932	80
Effekten- und Konsortial-Konto			—	—
Erträgnis aus dauernden Beteiligungen bei anderen Banken			674 799	90
Tresormieten			365 655	55
			41 173 690	10

DRESDNER BANK. E. Gutmann. Nathan. Jüdell. Herbert M. Gutmann.

Deutsche Effecten- & Wechsel-Bank.

In der heute stattgehabten Generalversammlung wurde die für das Jahr 1915 zu verteilende Dividende auf

Reichsmark 15.—

für jede Aktie festgesetzt, deren Auszahlung gegen Einlieferung des Dividendenscheines Nr. 13 sofort an unserer Coupons-Kasse in den Vormittagsstunden von 9—11 Uhr erfolgt.

Die einzureichenden Coupons müssen auf der Rückseite entweder mit Firmenstempel oder Namen des Einreichers versehen sein.

(6423) Frankfurt a. M., den 18. April 1916.

Deutsche Effecten- & Wechsel-Bank.

Bank für Handel und Industrie.

Bilanz per 31. Dezember 1915. (6421

Aktiva.	M.	pf.	M.	pf.
Kasse, fremde Geldsorten u. Kupons			19734557	33
Guthab. bei Noten- u. Abrechnungs-(Clearing-) Banken			72443918	44
Wechsel u. unverzinsl. Schatzanweis.				
a) Wechsel (mit Ausschluss von b, c, d) und unverzinsl. Schatzanweisungen des Reichs u. der Bundesstaaten	191418729	90		
b) eigene Akzepte	355796	—		
c) eigene Ziehungen	167234	48		
d) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank	2677	15	191944437	53
Nostroguth. b. Banken u. Bankfirmen			81342829	—
Reports u. Lombards gegen börsengängige Wertpapiere			119253088	79
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen			8511604	82
davon am Bilanztage gedeckt:				
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine . M. 1780191,35				
b) durch andere Sicherheiten . „ 5080184,05				
Eigene Wertpapiere				
a) Anleih. u. verzinsl. Schatzanweis. des Reichs u. d. Bundesstaaten	25089811	85		
b) sonstige b. d. Reichsbank u. and. Zentralnotenbk. beleihb. Wertp.	4696512	67		
c) sonstige börsengäng. Wertpap.	20459838	20		
d) sonstige Wertpapiere	6930437	56	57176600	28
Konsortialbeteiligungen			40507755	79
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen			9523368	82
Debitoren in laufender Rechnung				
a) gedeckte	358855352	66		
b) ungedeckte	61154004	67	420009357	33
c) Aval- und Bürgschaftsdebitoren M. 61 752 000,77				
Bankgebäude			20607560	70
Sonstige Immobilien			308073	75
Sonst. Aktiva: Verrechnungskonto d. Zentrale m. d. Filialen u. Niederlass.			29510	42
			1041392663	50

Passiva.	M.	pf.	M.	pf.
Aktien-Kapital			160000000	—
Reserven			32000000	—
Kreditoren:				
a) Nostroverpflichtungen	238033	99		
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	3871276	68		
c) Guth. deutsch. Bank. u. Bankfirm.	39702252	26		
d) Einlag. auf provisionsfr. Rechn.				
1. innerhalb 7 Tagen fällig	95013692	34		
2. darüber hinaus b. zu 3 Mon. fällig	100149210	35		
3. nach 3 Monaten fällig	36248749	74		
e) sonstige Kreditoren:				
1. innerhalb 7 Tagen fällig	304687933	11		
2. darüber hinaus b. zu 3 Mon. fällig	140293324	94		
3. nach 3 Monaten fällig	30344213	24	750548687	15
Akzepte und Schecks				
a) Akzepte	88193239	35		
b) noch nicht eingelöste Schecks	1159507	87	89352747	22
c) Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen . . . M. 61752000,77				
Eigene Ziehungen „ 167234,48				
dav. f. Rechn. Dritt. „ —,—				
Weiterbeg. Solawechs. d. Kund. an d. Ord. d. Bank „ —,—				
Sonstige Passiva:				
Unerhobene Dividende	36451	41		
Talonsteuer-Reserve	580835	—		
Wehrsteuer-Reserve	154743	—	772029	41
Gewinn-Saldo			8719199	72
			1041392663	50

Gewinn- und Verlust-Konto pro 1915.

Soll.	M.	pf.	M.	pf.
Geschäfts-Unkosten:				
Handlungsunkosten	10784747	15		
Steuern	1257890	60		
Gratifikationen an die Beamten (Weihnachten, Abschluss), Invaliden- u. Krankenvers., Reichsversich., Ehrengab. an Beamte, Zuwendung an die Pensionskasse und für wohltätige (Kriegs-) Zwecke	2549570	32	14592208	07
Abschreib. auf Immobilien u. Mobilien			613489	45
Talonsteuer-Reserve			160000	—
Verlust aus Finanzoperationen			966666	47
Gewinn-Saldo			8719199	72
Verwendung des Gewinnes:				
Div. p. 1915 v. 5% M. 8000000.—				
Tantième des Aufsichtsrats . . . „ 112000,—				
Vortrag auf neue Rechnung . . „ 607199.72				
			25051563	71

Haben.	M.	pf.
Provisionen	10047044	09
Zinsen aus dem Konto-Korrent-Geschäft und aus Wechseln, aus dauernden Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen und aus Valuten	14510593	60
Gewinne aus Effekten	—	—
Diverse Eingänge	13784	71
Gewinn-Vortrag von 1914	480141	31
	25051563	71

Die General-Versammlung vom 19. April d. J. hat die Auszahlung einer Dividende von

8 %

für das abgelaufene Geschäftsjahr 1915 beschlossen. Der Dividendenschein Nr. 18 unserer Aktien gelangt **von heute ab** mit **80 Mark** bei der **Bank für Handel und Industrie** zur Auszahlung.

Berlin, 19. April 1916. |6422

Reiss & Martin Aktiengesellschaft.

Consolidirtes Braunkohlenbergwerk „Caroline" bei Offleben.

Actien-Gesellschaft zu Magdeburg.

Die **Dividende** für das Geschäftsjahr 1915 ist mit **22%** gegen Einlieferung der Dividendenscheine **Nr. 3** und zwar von den Actien **à 300 M.** mit **M. 66.— per Stück** und von den Actien **à 1200 M.** mit **M. 264.— per Stück** bei der **Gesellschaftskasse** in **Völpke** und bei der

Bank-Commandite Simon, Katz & Co.

in **Berlin W. 9**, **Vossstr. 13**, sofort zahlbar.

Völpke, den 15. April 1916.

(6420) **Der Vorstand.**

4% Anleihe der Schiff- und Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Germania“ jetzt Fried. Krupp Aktiengesellschaft Germaniawerft Kiel-Gaarden.

Bei der am 12. April 1916 im Geschäftsgebäude der Germaniawerft stattgehabten XIV. Verlosung von Teilschuldverschreibungen sind die folgenden Nummern, zur Rückzahlung mit 102% am 1. Februar 1916, gezogen worden:

Lit. A. 30 Stück zu M 5000, rückzahlbar mit M. 5100. Nennwert M. 150000.

Nr. 33, 112, 121, 130, 132, 141, 181, 219, 259, 298, 336, 402, 436, 472, 498, 514, 516, 528, 632, 672, 673, 690, 729, 750, 763, 789, 843, 897, 906, 986.

Lit. B. 88 Stück zu M. 2000, rückzahlbar mit M. 2040. Nennwert M. 176000.

Nr. 1060, 1103, 1129, 1163, 1180, 1210, 1211, 1216, 1232, 1360, 1450, 1456, 1559, 1568, 1579, 1591, 1687, 1708, 1744, 1745 1837, 1941, 1952, 1975, 1999, 2036, 2047, 2069, 2075, 2118, 2126, 2127, 2186, 2190, 2242, 2283, 2295 2317, 2360, 2398, 2469, 2483, 2488, 2552, 2567, 2569, 2581, 2602, 2627, 2631, 2647, 2688, 2694, 2698, 2731, 2736, 2758, 2789, 2802, 2810, 2965, 2976, 3033, 3038, 3131, 3183, 3239, 3242, 3247, 3278, 3279, 3356, 3366, 3628, 3643, 3655, 3685, 3732, 3773, 3841, 3843, 3880, 3885, 3895, 3968, 3970, 3974, 3992.

Lit. C. 208 Stück zu M. 1000, rückzahlbar mit M. 1020. Nennwert M. 208000.

Nr. 4002, 4078, 4086, 4117, 4214, 4229, 4300, 4307, 4309, 4317, 4333, 4368, 4392, 4585, 4593, 4654, 4666, 4689, 4694, 4701. 4703, 4720, 4747, 4761, 4811, 4853, 4903, 4919, 4950, 4921, 4988, 5121, 5126, 5148, 5169, 5176, 5197, 5251, 5239, 5311, 5418, 5441, 5461, 5510, 5511, 5590, 5613, 5615, 5622, 5637, 5683, 5699, 5708, 5713, 5774, 5782, 5799, 5856 5884, 5897, 5936, 5944, 6054, 6065, 6066, 6097, 6102, 6120, 6170, 6176, 6209, 6213, 6234, 6265, 6416, 6456, 6479, 6564, 6599, 6638, 6658, 6662, 6708 6860, 6873, 6917, 6963, 6973, 7004, 7023. 7042, 7070, 7157, 7177, 7181, 7212, 7237, 7271, 7298, 7303, 7380, 7415, 7419, 7482, 7493, 7494, 7565, 7572, 7650, 7667. 7761, 7769, 7832 7866, 7915, 7946, 7989, 8012, 8016, 8083, 8084, 8100, 8141, 8159, 8163, 8212, 8239. 8265, 8280, 8331, 8348, 8380, 8405, 8409, 8415, 8564, 8567, 8621. 6840, 8672, 8686, 8716, 8717, 8793, 8819, 8890, 8923, 8989, 8993, 9032, 9055, 9191, 9242, 9255, 9281, 9283, 9301, 9309, 9314, 9350, 9372, 9436, 9597, 9660, 9722, 9763, 9786, 9840, 9889, 9913, 9917, 9992, 9995, 10006, 10068, 10069, 10086, 10090, 10101, 10123, 10135, 10210, 10260, 10263, 10307, 10312, 10320, 10359, 10404, 10415, 10441, 10444, 10463, 10530, 10632, 10675, 10681, 10715, 10785, 10822, 10834, 10883, 10900, 10946, 10964, 10982, 10991, 10997.

Lit. D. 120 Stück zu M. 500, rückzahlbar mit M 510. Nennwert M. 60000.

Nr. 11099, 11108, 11150, 11246, 11262, 11300, 11309, 11339, 11341, 11363, 11407, 11415, 11450, 11473, 11513, 11520, 11554, 11590, 11608, 11641, 11659, 11720, 11722, 11742, 11758, 11773, 11861 11878, 11971, 12019, 12022, 12179, 12224, 12234, 12274, 12367, 12390, 12392, 12397, 12427, 12445, 12461, 12483, 12504, 12507, 12508, 12542, 12555, 12572, 12593, 12619, 12623, 12635, 12640, 12645, 12660, 12709, 12752, 12794, 12808, 12842, 12895, 12907, 12936, 13011, 13021, 13134, 13176, 13191, 13246, 13280, 13281, 13293, 13359, 13360, 13418, 13485, 13502, 13626, 13640, 13698, 13707, 13724, 13752, 13801, 13834, 13837, 13924, 13946, 13956, 13994, 14012, 14014, 14020, 14050, 14095, 14097, 14116, 14223, 14244, 14246, 14254, 14265, 14336, 14366, 14441, 14458, 14477, 14540, 14569, 14579, 14626, 14660, 14715, 14716, 14837, 14852, 14978, 14989, 14992.

Die Verzinsung dieser Teilschuldverschreibungen hört am 1. Oktober 1916 auf.

Aus **früheren Verlosungen** sind folgende Teilschuldverschreibungen noch **nicht** zur Einlösung vorgezeigt worden:

Zur Rückzahlung am 1. Oktober 1914:

Lit. D. zu M. 500, — Nr. 11914. [6419

Zur Rückzahlung am 1. Oktober 1915:

Lit. B. zu M. 2000, — Nr. 2010,
Lit. C. zu M. 1000, — Nr. 5610, 6805, 6897, 8226,
Lit. D. zu M. 500, — Nr. 11168, 11334, 11338, 11650, 12113, 12462.

„Teutonia“ Misburger Portland-Cementwerk, Hannover.

Bilanz-Konto per 31. Dezember 1915.

Aktiva.		M.	Pf
Fabrikanlage-Konto	M. 7030620.45		
Bisherige Abschreibung . .	„ 3173618.45		
	M. 3857002.—		
Zugang	„ 65722.53		
	M. 3922724.53		
Abschreibung	„ 186722.53	3736002	—
Beteiligungs-Konto		54000	—
Inventar-Bestände:			
Bestand an Portland-Cement, Brennmaterial, Magazinvorräten, Säcken und Fässern .		244099	63
Kassa-Konto		2560	66
Wechsel-Konto		110198	71
Effekten-Konto		196537	40
Debitoren-Konto:			
a) Bankguthaben	M. 304937.85		
b) Diverse Debitoren . . .	„ 588954.77	893892	62
		5237291	02

Passiva.		M.	Pf
Aktien-Kapital-Konto		2200000	—
Partial-Obligationen-Konto I .	M. 1400000.—		
Ausgelost	„ 484500.—	915500	—
Noch nicht eingelöst		39500	—
Partial-Obligationen-Konto II	„ 1000000.—		
Ausgelost	„ 25000 —	975000	—
Noch nicht eingelöst		3000	—
Spezial-Hypotheken-Konto		325000	—
Partial-Obligationen-Zinsen-Konto I . . .		9576	—
„ „ „ „ II . . .		6502	50
Dividenden-Konto		800	—
Reservefonds-Konto		220000	—
Extra-Reservefonds-Konto		70000	—
Delkredere-Konto		50000	—
Pensions- und Unterstützungsfonds-Konto .		100000	—
Kreditoren-Konto		217181	42
Gewinn-Vortrag 1914 . . .	M. 103138 71		
Gewinn 1915	„ 2092.39	105231	10
Verteilungsplan:			
Vortrag auf neue Rechnung .	„ 105231.10		
		5237291	02

Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1915.

Soll.	M.	Pf
Allgemeine Unkosten:		
Gehälter, Zinsen, Steuern, Versicherungen etc.	328846	67
Fabrikations-Unkosten:		
Reparaturen, Materialien etc.	170359	37
Amortisations-Konto:		
Abschreibung	186722	53
Gewinn	105231	10
	791159	67

Haben.	M.	Pf
Gewinn-Vortrag	103138	71
Fabrikations-Konto	688020	96
Hannover, den 31. Dezember 1915.	791159	67

Der Aufsichtsrat. **Paul Klaproth.** — **Der Vorstand.** **B. Lange.**

6411]

Aktiengesellschaft Johannes Jeserich.

Die für das Jahr **1915** für die **Vorzugsaktien** festgesetzte Dividende von 5% gelangt mit **M. 50.**— gegen Einreichung des Dividendenscheines pro **1915 (No 14)**, die für die **Stammaktien** festgesetzte Dividende pro **1915** von **6% = M. 60.**— gegen Einreichung des Dividendenscheines pro **1915 (No. 28)** von **heute ab** bei der **Gesellschaftskasse** in **Charlottenburg**, der **Nationalbank für Deutschland** in **Berlin**, der **Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp, Aktiengesellschaft**, in **Meiningen** und deren Filialen zur Auszahlung.

Charlottenbg.-Berlin, 13. April 1916.

Der Vorstand.

(6414

Allgemeine Berliner Omnibus-Actien-Gesellschaft.

Gewinn- und Verlust am 31. Dezember 1915.

Soll.

	M.	Pf
Gesamt-Unkosten:		
Pferdewag.-Lohn	1 572 056	05
Pferdewagenausbesserung . . .	234 364	17
Pferdewagen-Beleuchtung . . .	13 941	63
Hufbeschlag . . .	140 773	91
Pferdepflege . . .	41 093	17
Geschirre-Unterhaltung . . .	22 243	18
Futterverbrauch .	2 347 843	88
Kraftwagen-Unk.	1 494 603	43
Gehalt	254 906	20
Verwalt.-Unk. . .	50 636	95
Betriebs-Unk. . .	25 244	95
Bekleid.-Unterh.	15 571	67
Fahrscheine . . .	18 468	75
Grundst.-Unkost.	48 543	57
Grundstücks-Beleuchtung . . .	20 453	87
Mieten	21 530	—
Hypoth.-Zinsen .	127 896	66
Versicherungen .	37 536	82
Berufsgen.-Uml..	40 000	—
Krankenk.-Beitr.	40 028	31
Invalidit.-Beitr. .	19 872	40
Ruhegeh. - Beitr.	104 276	—
Steuern u. Abg.	199 599	85
Aussergewöhnl. Ausgaben . . .	339	85
Kriegsfürsorge .	433 751	—
Abschreibungen:		
Grundstücke . . .	195 818	94
Pferde	376	52
Wagen	4 499	—
Bekleidung . . .	61 235	30
Maschinen	24 948	25
Inventar	8 867	04
	7 621 321	32

Haben.

	M.	Pf
Vortrag aus 1914	284 491	31
Omnib.-Einn. . .	6 244 094	50
Reklame	57 853	70
Dungpacht. . . .	31 811	05
Vermietungen . .	143 038	57
Aussergewöhnl. Einnahmen	55 180	71
Zinsen	250 951	65
Abt. Vict.-Speich.	50 772	73
Rückstellung für Benzin 1915 . .	200 000	—
Kriegsrückst. 1915	300 000	—
Reservefonds . .	3 127	10
	7 621 321	32

Bilanz am 31. Dezember 1915

Aktiva.

	M.	Pf
Grundstücke . . .	14 493 001	—
Hyp.-Amortis. . .	122 750	—
Pferde	426 000	—
Wagen	1	—
Kraftwagen . . .	1	—
Futter	247 000	—
Bekleidung . . .	1	—
Maschinen	1	—
Inventar	1	—
Geschirre	1	—
Kasse	34 157	97
Effekten I u. II	5 851 825	—
Konto-Korrent .	76 998	81
Bestände	405 596	38
	21 657 335	16

Passiva.

	M.	Pf
Kapital	12 600 000	—
Hypotheken . . .	3 670 000	—
Reservefonds . .	2 185 112	—
Dispositionsfds. .	137 000	—
Betriebsm.-Rückst.	600 000	—
Victoria-Speich.-Rückstellung .	12 878	91
Talonstempel-Rückstellung .	88 200	—
Berufsgenossenschafts-Rückst.	104 975	49
Haftpfl. - Rückst.	4 238	98
Wehrbtr.-Rückst.	10 904	—
Rückst. f. Wohlfahrtszwecke .	32 327	26
Wiederbeschaff. v. Betriebsmitt.	1 458 974	93
Gewinnanteile . .	1 575	—
Barsicherheiten .	111 756	—
Konto-Korrent .	639 392	59
	21 657 335	16

6424]

Deutsche Erdöl-Aktiengesellschaft zu Berlin.

Die Aktionäre werden zu der in Berlin NW., Hotel Friedrichsbahnhof (Russischer Hof), Georgenstrasse 21,

am 3. Mai 1916, vorm. 10½ Uhr,

stattfindenden ordentlichen Generalversammlung eingeladen.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung und Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, we che spätestens am dritten Werktage vor der anberaumten Generalversammlung **bis 6 Uhr abends bei der Gesellschaft, Berlin W. 35, Kurfürstenstrasse 137,** oder be. den nachstehenden Banken:

Direction der Disconto-Gesellschaft, Berlin W. 8, oder einer ihrer Filialen,
S. Bleichröder, Berlin W. 8,
Dresdner Bank, Berlin W. 56, oder einer ihrer Filialen,
A. Schaaffhausen'scher Bankverein A.-G., Köln, oder einer seiner Filialen,
Hardy & Co G. m. b. H., Berlin W. 56,
Essener Credit-Anstalt, Essen-Ruhr, oder einer ihrer Filialen,

hinterlegen:

a) ihre Aktien oder die darüber lautenden Hinterlegungsscheine der Reichsbank,
b) ein Nummerverzeichnis der zur Teilnahme bestimmten Aktien.

Dem Erfordernis zu a) kann auch durch Hinterlegung der Aktien bei einem deutschen Notar genügt werden.

Tagesordnung.

1) Vorlegung des Berichts des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1915,
2) Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz und über die Verteilung des Reingewinnes einschließlich einer Zuwendung von 1 000 000 Mark aus dem Reingewinn an die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen,
3) Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats,
4) Neuwahl für ein turnusmäßig ausscheidendes Aufsichtsratsmitglied. (6412)

Der Aufsichtsrat
Dr. Ernst Springer
Vorsitzender.

Gesellschaft für elektrische Hoch- u. Untergrundbahnen in Berlin.

Bilanz am 31. Dezember 1915.

Aktiva.

	M.	pf
Noch nicht eingef. Einzahl. v. 75% a. d. Stammaktie Nr. 50001-60000	7500000	—
Bau-u. Grunderw.-Kto. d. Bahnanl.	106729276	02
Bau-u. Grunderw.-Kto. der Erweiterungslinien . .	17405004	30
Konto Kraftwerk u. Betriebsstätten	18525533	74
Kto. Betriebsmitt.	11837967	54
Vorrät. Betriebsmaterialien . . .	740757	44
Grundstück. u. Gebäude d. Bahnanl.	6302082	93
Bureauinventar .	1	—
Kasse	81247	29
Wertp. u. Beteilig	10302666	02
Guthaben bei der Deutschen Bank	3203027	25
Versch. Debitoren	6645141	35
6413]	189272704	88

Passiva.

	M.	pf
Aktienkapital:		
a) Stammaktien .	60000000	—
b) 5% Vorz.-Akt.	20000000	—
Gesetzl. Reservef.	2508464	18
4% Schuldversch. Ausgabe 1899 .	7872000	—
3½% Schuldverschr. Ausg. 1906	7000000	—
4% Schuldversch. Ausgabe 1907 . .	9892000	—
4% Schuldversch. Ausgabe 1909 .	15000000	—
4% Schuldversch. Ausgabe 1910 . .	20000000	—
4% Schuldversch. Ausgabe 1912 . .	10000000	—
4½% Schuldverschr. Ausg. 1913	10000000	—
Hypoth.-Schulden	6859400	—
Bahnanlage-Tilgungsfonds . . .	1922400	—
Erneuerungsfonds	6498625	36
Rückstel'. f. d. Talonsteuer	702000	—
Im Jahre 1916 fäll. werd. Schuldverschreib.-Zins. u. Bauzinsen a. d. Vorzugsaktien .	1722583	31
Noch nicht vorgel. ausgel. Schuldverschreibungen	9975	—
Noch nicht erhob. Divid. u. Zins. a. Schuldverschr. .	72685	—
Versch. Kreditor.	5834519	70
Reingewinn . . .	3378052	33
	189272704	88

Verantwortlich für die Rubrik „Aus der Geschäftswelt" und für den Inseratenteil: Lucya Suef, Charlottenburg.
Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstrasse 66.